

Protokoll

ÖFFENTLICHES EXPERTENGESPRÄCH ZUR UMSETZUNG DER ABSCHLUSSERKLÄRUNG DER BERLINER ANTISEMITISMUSKONFERENZ VOM APRIL 2004

22. November 2004
11.00 bis 14.00 Uhr

Deutscher Bundestag
Paul-Löbe-Haus **Raum 2 800**
Konrad-Adenauer-Straße 1

Vorsitz und Moderation:

Abg. Prof. Gert **Weisskirchen** (SPD)

Ordentliches Delegationsmitglied,
Vizepräsident in der OSZE PV

Vorbereitungskreis für die Anhörung:

Abg. Prof. Gert **Weisskirchen** (SPD)

Ordentliches Delegationsmitglied

Abg. Sibylle **Pfeiffer** (CDU/CSU)

Stellvertretendes Delegationsmitglied

Abg. Claudia **Roth** (Bündnis 90/Die Grünen)

Ordentliches Delegationsmitglied

Abg. Markus **Löning** (FDP)

Ordentliches Delegationsmitglied

Sachverständige:

Staatssekretär Dr. Klaus **Scharioth**
Auswärtiges Amt, Berlin

Professor Dr. Alfred **Grosser**
Prof. em. am Institut d'Etudes Politiques
Paris (Frankreich)

Prof. Brian **Klug**
Saint Xavier University Chicago (USA)
St. Benet's Hall Oxford (Großbritannien)

Frau Dr. Juliane **Wetzel**
Zentrum für Antisemitismusforschung,
Technische Universität Berlin

Jörg **Rensmann**
„Die Jüdische“, Berlin

MD Joachim **Steig**
Leiter der Abteilung Innere Sicherheit
Bundesministerium des Innern, Berlin

Fragestellungen:

- Hat die Berliner Konferenz die Probleme des gegenwärtigen Antisemitismus im OSZE-Raum angemessen erfasst und, falls nein, welche Defizite sind zu erkennen?
- Sind die Ziele der Berliner Erklärung hinreichend beschrieben, um den Kampf gegen den Antisemitismus zu führen und, falls nein, welche zusätzlichen Ziele sind hinzufügen?
- Abgrenzung von Kritik an israelischem Regierungshandeln und Antisemitismus (Punkt 3 der Berliner Erklärung).

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen der OSZE PV-Delegation des Deutschen Bundestages freue ich mich, dass Sie unserer Einladung zu dieser Anhörung gefolgt sind. Ich bin überzeugt, dass eine erkenntnisreiche Diskussion folgen wird. Ich hoffe sehr, dass wir nach der Anhörung etwas klüger sind als zuvor. Ausgangspunkt für unser Treffen heute ist die Konferenz der OSZE, die im April diesen Jahres im Auswärtigen Amt Berlin zu diesem Thema stattgefunden hat und bei der sich die Teilnehmerstaaten in einer einstimmig angenommenen „Berliner Erklärung“ zu einer nachdrücklichen Abwehr von Antisemitismus verpflichtet haben. Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, dass eine weitere Auseinandersetzung auf nationaler Ebene über die konkrete Umsetzung dieses Beschlusses sinnvoll ist. So wurden in den USA und auch in Finnland Debatten geführt. Im Mai diesen Jahres haben sich der U.S.-Senat und das Abgeordnetenhaus in einer eigenen Anhörung noch einmal mit dem Thema befasst. In Finnland hat zwar keine Anhörung stattgefunden, dennoch hat man sich auf gesellschaftspolitischer Ebene im Juni im Parlament vertieft mit der Frage beschäftigt, wie die „Berliner Erklärung“ in den nationalen Kontext umzusetzen ist.

Genau dies soll auch heute Schwerpunkt unserer Diskussion sein, nämlich die konkrete Umsetzung der „Berliner Erklärung“. Unter Berücksichtigung der Beiträge der geladenen Experten sollen drei Fragestellungen, auf die sich die OSZE Parlamentarier geeinigt haben, erörtert werden:

- 1. Hat die Berliner Konferenz die Probleme des gegenwärtigen Antisemitismus im OSZE-Raum angemessen erfasst und, falls nein, welche Defizite sind zu erkennen?**
- 2. Sind die Ziele der Berliner Erklärung hinreichend beschrieben, um den Kampf gegen den Antisemitismus zu führen und, falls nein, welche zusätzlichen Ziele sind hinzuzufügen?**
- 3. Wie kann Kritik an der Politik Israels von Antisemitismus abgegrenzt werden?**

Ich freue mich, dass die anwesenden Sachverständigen und Vertreter der Bundesregierung unserer Einladung folgen konnten. Ich möchte die Anwesenden kurz vorstellen und begrüße ganz herzlich zu allererst Dr. Klaus Scharioth, Staatssekretär im Auswärtigen Amt in Berlin. Ich möchte gleich darauf hinweisen, dass Herr Scharioth leider um 11.40 Uhr wegen eines anderen wichtigen Termins gehen muss, was ich sehr bedaure. Für Herrn Prof. Dr. Micha Brumlik, der leider verhindert ist, ist Herr Dr. Jörg Rensmann anwesend. Gegenwärtig sind zudem Prof. Dr. Brian Klug von der Saint Xavier University of Chicago, USA und Dr. Juliane Wetzel vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin hier. Unserer Einladung sind ebenfalls gefolgt Herr Joachim Steig, MD, Leiter der Abteilung Innere Sicherheit BMI in Berlin und Prof. Dr. Alfred Grosser vom Institut für Politische Studien in Paris. Letztlich möchte ich noch mein Bedauern aussprechen, dass verschiedene Experten unserer Einladung leider nicht folgen konnten: Prof. Micha Brumlik, Prof. Dan Diner, Salomon Korn vom Zentralrat der Juden, der ehemalige Botschafter Avi Primor sowie Prof. Moshe Zimmermann von der Universität Jerusalem. Ich weiß, dass es teilweise Kritik an der Auswahl der Sachverständigen gegeben hat, aber unterschiedliche Sprecher und Meinungen sind Ausdruck einer pluralistischen Veranstaltung wie dieser, die von vier Fraktionen des Deutschen Bundestages gemeinsam bestritten wird. Ich bin zuversichtlich und sicher, dass wir gerade von den Experten, die hier sind, Aufschlussreiches für die Fortführung unseres Themas und für die Realisierung und Konkretisierung der Berliner Erklärung erfahren werden. Ich freue mich, eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen begrüßen zu können, auch die, die erst später aufgrund verschiedener Ausschusssitzungen kommen können. Ebenfalls herzlich begrüßen möchte ich die zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, deren Teilnahme ich besonders wichtig finde. Gerade die OSZE-Tagung hat gezeigt, dass unser aller Handeln als Parlamentarier, und wenn ich das für die Regierung gleich mit sagen darf,

nur dann sinnvoll sein kann, wenn die Stimmen der Nichtregierungsorganisationen gehört werden. Sie sind die autonomen Repräsentanten der Zivilgesellschaft, deren Stimme und auch Kritik dringend und zwingend für eine umfassende Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist. Ich bin dankbar dafür, dass sie trotz der im Vorfeld geäußerten Kritik, die auch dazu gehört, gekommen sind, um ihre Auffassung hier deutlich zu vertreten. Es findet eine Aufzeichnung durch den Fernsehsender Phönix statt. Vorgesehen ist auch eine schriftliche Dokumentation der Veranstaltung, die Sie im Sekretariat auf Anfrage erhalten. Jetzt hätte ich die herzliche Bitte an die Sachverständigen, dass sie die zehn Minuten entweder nicht ganz ausschöpfen oder zumindest nicht überschreiten. Denn ich hoffe und wünsche mir, dass wir im Anschluss miteinander ins Gespräch kommen und dass auch von den Sachverständigen abweichende Auffassungen deutlich gemacht werden können, um eine fruchtbare Diskussion zu gewährleisten. Selbstverständlich begrüße ich auch Diskussionsbeiträge der Kolleginnen und Kollegen des deutschen Bundestages. Noch einmal vielen Dank, dass Sie gekommen sind. Und jetzt bitte ich zuallererst Herrn Staatssekretär Dr. Klaus Scharioth um seine Stellungnahme.

Dr. Klaus Scharioth (Staatssekretär des Auswärtigen Amts):

http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=6567

Mittwoch 05.01.05 / 11:53 Uhr

Ihrer Einladung zu dieser parlamentarischen Anhörung zum Thema Antisemitismus bin ich sehr gerne gefolgt. Dieses Thema liegt Parlament wie Bundesregierung gleichermaßen am Herzen. Und es ist gut, dass Sie die Berliner OSZE-Antisemitismuskonferenz und ihre Erklärung kritisch auf Umsetzung, Desiderata und weitere Perspektiven überprüfen wollen. Denn auf die Implementierung kommt es an. Für uns war immer klar, dass die Berliner Konferenz Teil eines Prozesses ist. Sie hat fortgesetzt, was bei der ersten OSZE-Antisemitismuskonferenz in Wien 2003 begonnen worden ist. Wir müssen jetzt unser Augenmerk darauf legen, wie wir diesen Prozess weiter vorantreiben können.

Ich möchte zunächst die Antisemitismuskonferenz und das Abschlussdokument kurz bewerten und dann ein Wort dazu sagen, wie es weiter geht bei der Umsetzung der Berliner Erklärung.

Politisch ging es darum, mit der Berliner Konferenz ein weithin sichtbares Zeichen zu setzen, dass die 55 Teilnehmerstaaten der OSZE die Sorge der Juden und Israels um den Anstieg des Antisemitismus ernst nehmen. Bei dieser bislang größten Konferenz im AA haben 900 namhafte Persönlichkeiten, Politiker, Wissenschaftler und Experten, aus über 60 Staaten und von 150 NGOs das Problem des Antisemitismus sowie Maßnahmen zu seiner Bekämpfung eingehend erörtert. Der gewählte Ansatz war weit: Er umfasste neben gesetzgeberischen Maßnahmen die Rolle der Zivilgesellschaft, der Medien einschließlich des Internets und des Erziehungswesens.

Die Berliner Konferenz hat etwas zustande gebracht, was bei der Wiener Vorläuferkonferenz noch nicht möglich war: Die Verabschiedung eines Schlussdokumentes im Konsens. In dem Dokument mögen viele Unebenheiten sein; und man mag es sich umfassender oder präziser wünschen. Aber: Lange stand dahin, ob es überhaupt ein Dokument geben würde. Den Konsens zu schaffen war schwer. Dass er zustande kam, haben wir als einen großen Erfolg betrachtet. Politisch hat die OSZE mit einer eindeutigen Verurteilung des Antisemitismus von ihrer politischen Normsetzungskompetenz Gebrauch gemacht. Sie hat im OSZE-Raum eine politisch verbindliche Anspruchsgrundlage zur Ächtung des Antisemitismus geschaffen. Antisemitismus ist - so die Berliner Erklärung - eine Bedrohung der menschlichen Grundwerte, der Demokratie und damit auch der Sicherheit im OSZE-Raum. Außerdem hat die Erklärung die Teilnehmerstaaten darauf festgelegt, dass internationale Streitfragen,

einschließlich solcher in Israel und im Nahen Osten, niemals Antisemitismus rechtfertigen können. Um es ganz klar zu sagen und um Missverständnisse von vorneherein auszuräumen: Kritik auch gegenüber Israel und israelischer Politik ist, wie gegenüber jedem anderen Staat, selbstverständlich legitim. Aber: Wir dürfen und werden nicht zulassen, dass antisemitische Einstellungen als Kritik an israelischer Politik ausgegeben und damit quasi legitimiert werden.

Lassen Sie mich jetzt zu den konkreten Schritten für die Bekämpfung des Antisemitismus kommen, die in Berlin beschlossen worden sind. Man kann sie in zwei Gruppen unterteilen. Die erste umfasst weitreichende Selbstverpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten, von der Toleranzerziehung und Integrationspolitik bis hin zur statistischen Erfassung und Strafverfolgung antisemitischer Übergriffe. Die zweite enthält operative Aufträge an die Menschenrechtsinstitution der OSZE, ODIHR. Zu ihnen zählt die systematische Erfassung antisemitischer Übergriffe im OSZE-Raum und die Zusammenstellung bewährter Maßnahmen (sog. "best practices") zu ihrer Bekämpfung.

Ich komme nun zur wesentlichen Frage: Wir müssen jetzt vor allem darauf sehen, dass das in Berlin Vereinbarte auch im gesamten OSZE-Raum umgesetzt wird. Ich will drei Punkte herausgreifen:

Grundlage aller Bemühungen muss zunächst eine zuverlässige Übersicht über antisemitische Übergriffe sein. Nur auf dieser Grundlage können wir die Probleme identifizieren und ihnen mit gezielten Maßnahmen begegnen. Hierzu ist vor allem ODIHR gefordert, einen entsprechenden methodischen Ansatz zu entwickeln.

Der zweite Punkt sind Programme zur Toleranzerziehung: ein Eckpfeiler jeder Konfliktprävention. Was wir benötigen sind Lehrpläne und Fortbildungsprogramme, die sich mit Antisemitismus und dem Holocaust auseinandersetzen. Dazu gehören natürlich auch Maßnahmen, die den offenen, vorurteilslosen Dialog auf allen Ebenen der Gesellschaft fördern.

Mein dritter und wohl wichtigster Punkt: All dies kann nicht umgesetzt werden ohne entsprechende Strukturen. Dreh- und Angelpunkt unserer Bemühungen ist daher der Aufbau einer neuen Einheit bei ODIHR, der Tolerance and Non-Discrimination Unit. Diese Einheit wird für die operative Umsetzung der Ergebnisse der Berliner Konferenz und ihrer Brüsseler Schwesterkonferenz zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung verantwortlich sein. Wir haben diese Einheit von Anfang an durch die Sekundierung einer Expertin vom Antisemitismuszentrum der TU Berlin unterstützt und weitere personelle und finanzielle Unterstützung angeboten. Es wird nunmehr darauf ankommen, dass in den laufenden OSZE-Haushaltsverhandlungen die erforderlichen Ressourcen bewilligt werden. Die Bundesregierung setzt sich hierfür mit Nachdruck ein.

Gerade habe ich von Strukturen gesprochen: Diese müssen auch öffentlich sichtbar sein. Wir brauchen eine Persönlichkeit, die unserem Engagement im OSZE-Rahmen Stimme und Gesicht verleiht. Sie muss die Arbeit von ODIHR gerade in der Aufbauphase politisch begleiten und, wenn nötig, auch für Dynamik sorgen. Wir haben uns deswegen mit unseren amerikanischen und französischen Freunden dafür eingesetzt, dass ein Sonderbeauftragter des OSZE-Vorsitzes für den Kampf gegen den Antisemitismus ernannt wird. Dies war nicht ohne weiteres in der OSZE durchsetzbar. Eine entsprechende Resolution der OSZE-PV in Edinburgh, die wir einer Initiative der deutschen Delegation verdanken, hat den Weg vorbereitet. Erst nach schwierigen, langwierigen Verhandlungen ist es in Wien gelungen, einen Konsens zu finden. Ihm zufolge sollen als Ausdruck des umfassenden Engagements der OSZE im Kampf gegen Intoleranz drei Sonderbeauftragte zu a) Antisemitismus, b) zu Rassismus und c) zur Diskriminierung von Muslimen ernannt werden. Eine entsprechende

förmliche Entscheidung bleibt dem Ministerrat der OSZE in Sofia am 06./07.12.2004 vorbehalten. Auch über Sofia hinaus ist der weitere Weg bereits vorgezeichnet: Spanien wird 2005 zu einer OSZE-Konferenz in Cordoba zum Thema Toleranz einladen, in deren Mittelpunkt die Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz von Berlin und Brüssel stehen wird.

Abschließend möchte ich sagen: Wir sehen die Berliner Konferenz und unsere Bemühungen im OSZE-Rahmen als Teil eines großen Ganzen. Mit der Berliner Erklärung hat sich die OSZE politisch verpflichtet, zu einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus beizutragen und geeignete Maßnahmen zu seiner Bekämpfung zu ergreifen. Die Berliner Erklärung ist mithin die erste und eingehendste Festlegung der OSZE, einer Regionalorganisation der Vereinten Nationen mit immerhin 55 Teilnehmerstaaten, auf dem Weg zur Ächtung des Antisemitismus. Dies darf nicht nur ein Bekenntnis innerhalb des OSZE-Raums bleiben. Wir setzen uns daher dafür ein, dass auch in den einschlägigen Resolutionen der VN Bezüge auf die Konferenz und auf die Berliner Erklärung aufgenommen werden. Das ist angesichts unterschiedlicher Interessenslagen in den VN ein ungleich schwierigeres Unterfangen als in der OSZE. Gleichwohl wollen wir hierzu durch beharrliche und kontinuierliche Überzeugungsarbeit allmählich den Boden bereiten. Die jüdischen Gemeinden auch außerhalb des OSZE-Raumes sollen wissen, dass ihre Sorge um Sicherheit und Zukunft unsere gemeinsame Sorge ist und eine Grundsatzfrage unserer Demokratien.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön, Herr Staatssekretär. Da Sie nicht solange bleiben können, schlage ich vor, eventuelle Rückfragen jetzt innerhalb der nächsten zehn Minuten direkt an Sie zu richten, wenn Sie damit einverstanden sind, Herr Scharioth. Gut. Kollegin Pau, bitte.

Abg. Petra Pau (PDS): Herr Staatssekretär, Sie unterstrichen die Rolle der zuverlässigen Erfassung und Übersicht von antisemitischen Vorfällen und Straftaten ebenso wie die entsprechende Strafverfolgung. In dem Zusammenhang stellt sich mir die Frage, warum die Bundesregierung mir genau diese zuverlässige Übersicht seit September verweigert. Auf meine vierteljährlichen Anfragen nach antisemitischen Straftaten erhalte ich regelmäßig die Auskunft, dass man diese auf Wunsch der Länderinnenminister nicht im Protokoll des Bundestages veröffentlichen möchte. Demnach wird inzwischen diese Offenlegung im Parlament nicht mehr vorgenommen.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen: Ich weiß nicht, ob Herr Scharioth dazu Stellung nehmen möchte. Ich vermute, dies ist eher eine Frage an das Innenministerium, aber das überlassen wir natürlich Ihnen, Herr Scharioth.

Dr. Klaus Scharioth (Staatssekretär, AA): Genau das wollte ich sagen. Ich glaube, das überlasse ich dem Kollegen Steig, der hierfür innerhalb der Bundesregierung verantwortlich ist.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen: Also Herr Steig, Sie können die Frage dann gegebenenfalls aufnehmen, wenn Sie das Wort haben. Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Schroeder.

Ralf Schroeder („Die Jüdische“, Berlin): Ich habe eine Nachfrage in die gleiche Richtung: Ich habe aus demselben Grund Kontakt mit Frau Dr. Meier, ODIHR, Warschau aufgenommen. Wir haben versucht zu erfahren, wie denn das konzeptionelle Basisgerüst aussieht. Nach welchen Kriterien soll denn „gemonitort“ werden? Was ist unter dem Begriff Antisemitismus überhaupt zu verstehen? Gibt es, um es auch deutlich zu sagen, Antisemitismus unterhalb der Schwelle von physischen Übergriffen? Zum einen wurde uns

bis jetzt signalisiert, dass auch nach sechs Monaten noch nicht viel zur Erfassung von Daten passiert ist. Zum zweiten wurde uns signalisiert, dass es wohl eine Arbeitsdefinition für die Beschreibung des Begriffs Antisemitismus gebe. Diese ist allerdings nicht öffentlich. Warum ist eine solche Definition nicht öffentlich?

Abg. Prof. Gert Weisskirchen: Sollen wir noch andere Fragen erst einmal zulassen, Herr Scharioth, falls an Sie noch weitere gestellt werden? Dann können Sie anschließend darauf antworten. Liegen noch weitere Fragen vor? Claudia Roth, bitte.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Fragen zur außenpolitischen Einschätzung, Herr Scharioth. Welche Bedeutung messen Sie der Wiederaufnahme von Gesprächen, von Verhandlungen, zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite im Zusammenhang mit Antisemitismus bei? Kann man dort einen Zusammenhang herstellen? Hat eine Wiederaufnahme von Verhandlungen, eine Wiederaufnahme von Gesprächen aus Ihrer Sicht möglicherweise eine eindämmende Wirkung, was Antisemitismus angeht?

Anetta Kahane (Amadeu Antonio Stiftung, Berlin): Ich wollte noch eine ergänzende Frage stellen zu ODIHR bzw. zu der Erfassung antisemitischer Straftaten in Deutschland. Ist bei der Erfassung von antisemitisch motivierten Straftaten darüber nachgedacht worden, auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen einzubeziehen, die über antisemitische Straftaten Kenntnis bekommen? Sollen diese, also Beratungsteams, Opferberatungsstellen und andere Institutionen, die ohnehin mit ähnlichen Fällen beschäftigt sind, einbezogen werden, und wenn, wie soll das organisiert werden?

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Wenn ich jetzt richtig sehe, gibt es an Herrn Staatssekretär Scharioth keine weiteren Fragen. Dann darf ich Sie um Ihre Antwort bitten, Herr Scharioth. Bitte schön.

Dr. Klaus Scharioth (Staatssekretär des Auswärtigen Amts): Zunächst komme ich zu der Frage von Herrn Schroeder. Hier ist es so, dass es die Aufgabe von ODIHR ist, die entsprechenden operativen Maßnahmen zu ergreifen. ODIHR wird auch eine Methode dazu entwickeln. Wir haben unsere Unterstützung dazu angeboten. Ich würde auch jeder Nichtregierungsorganisation raten, mit ODIHR Kontakt aufzunehmen. Es ist, glaube ich, durchaus vernünftig, das direkt zu tun und nicht nur über die Bundesregierung. Wir sind natürlich auch immer bereit, Dinge weiterzuleiten. Wie gesagt, wir haben unsere Unterstützung angeboten, aber ich empfehle auch das direkte Gespräch. Denn diese Arbeit wird bei ODIHR geleistet.

Um Ihre Frage zu beantworten, Frau Roth, aus meiner Sicht gibt es einen indirekten Zusammenhang zwischen dem palästinensisch-israelischen Konflikt und Antisemitismus. Wir sind sehr glücklich, dass jetzt die Gespräche endlich wieder in Gang kommen. Was wir außerordentlich positiv bewerten, ist, dass auch die Regierung der USA in diese Richtung arbeitet. Ich sehe durchaus eine Chance, dass wir mit dem so genannten Nahost-Fahrplan, also der berühmten road map, etwas vorwärts kommen. Das bedeutet auch, dass wir in das Gespräch kommen im Rahmen dieser road map, die ja unter maßgeblicher europäischer Federführung entstanden ist. Die Verwirklichung dieses Dokuments ist aber nur möglich in Zusammenarbeit mit den USA, Europa, den Vereinten Nationen und natürlich auch Russland. Aber ich bin da optimistisch. Der Zusammenhang zwischen dem palästinensisch-israelischen Konflikt und Antisemitismus ist zwar kein direkter, aber ein indirekter. Und ich glaube, dass dadurch eindeutig Druck aus dem Kessel herauskommt. Und deswegen würde ich Ihre Frage ganz persönlich, auch wenn man offiziell dazu nichts sagen kann, eindeutig bejahen.

Die letzte Frage von Frau Kahane würde ich an den Kollegen Steig weiterreichen, da es dabei um interne Sachen geht. Herzlichen Dank.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Haben Sie herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. Wir kommen jetzt zu der Eröffnung der Expertenrunde, der von außen kommenden Experten. Diese wird abgeschlossen von dem für das Innenministerium zuständigen Herrn Steig. Zuallererst hören wir Prof. Alfred Grosser.

Prof. Alfred Grosser (Prof. em., Institut d'Etudes Politiques Paris, Frankreich): Einleitend möchte ich sagen, dass ich mit allem einverstanden bin, was in dem schönen Buch von Wolfgang Benz „Was ist Antisemitismus“ steht, das dieses Jahr erschienen ist. Dennoch möchte ich mich zu zwei Punkten kritisch äußern. Erstens, was heißt Israel kritisieren? Und zweitens, eine Frage, die nie gestellt wird, was können Juden gegen Antisemitismus tun? Und ich sage Juden, und nicht die Juden, weil es die Juden nicht gibt. Genauso wie es die Deutschen oder die Araber nicht gibt. Ein Beispiel dafür ist, dass die Wahlforscher herausgefunden haben, dass in Amerika 75 % der jüdischen Wähler für Kerry gestimmt haben, was in Deutschland überraschen sollte.

Bei meinem ersten Punkt geht es nicht nur um die Politik von Israel, sondern es geht um Verbrechen. Dazu muss man erst einmal Fragen des Zionismus erörtern. Letztes Jahr ist ein wichtiges Buch des jüdischen Kanadiers Yakov M. RABKIN erschienen: *Au nom de la Torah. Une histoire de l'opposition juive au sionisme* (Presses de l'Univ. Laval, 2004). Die Geschichte handelt von der jüdischen Opposition gegen den Zionismus. Es geht nicht um die ultraorthodoxe Kritik, die in Israel stattfindet. Es ist vielmehr eine lange Geschichte der Opposition gegen das, was im Namen des Zionismus im Nachhinein geschehen ist. Ich bin einmal von einer jüdischen Zeitung in Frankreich zensiert worden, u. a. weil ich gefragt wurde, was man im Nahen Osten tun kann und ich sagte, dass ich als kleiner jüdischer Bub in der Frankfurter Schule geschlagen und verachtet wurde und deshalb nicht verstehen kann, dass Juden schlagen und verachten. Genauso wie ich als Franzose gegen die französischen Kriegsverbrechen in Algerien gekämpft habe, spreche ich mich gegen israelische Kriegsverbrechen aus. Es gibt dazu zwei Haltungen. Ich entnehme sie dem Algerien-Krieg. Ein französischer Minister sprach die Sprache, die Sharon spricht. Sobald die Attentate aufhören, können auch die Repressalien aufhören. Der französische Bischof von Algier sagte im Gegenteil dazu, dass eine einzige schlimme Ungerechtigkeit, der ein Unschuldiger zum Opfer fällt, die ganze Bevölkerung eines Dorfes oder eines Stadtviertels zur Verzweiflung und zur Gewalt führen kann. Das sind zwei verschiedene Einstellungen; ich teile die zweite. Und ich kann verstehen, was in einem französischen Dorf vorgefallen ist. Dort, in einer protestantischen Gegend, in der der französische Protestantismus eine lange Überlieferung der Rebellion und nicht der Unterwürfigkeit hat, waren Hunderte jüdische Kinder versteckt worden. Jetzt kam jemand aus Israel, um dafür eine Medaille zu überreichen, aber der entgegennehmende Pastor sagte: „Bitte verstehen Sie, dass für uns jetzt die Gedemütigten und Verfolgten die Menschen in Gazah sind.“ Hier in Deutschland höre ich immer: „**Sie** dürfen so etwas sagen“. Ich antworte immer: „Sie doch auch!“ Als nach dem 9. November 1989 Elie Wiesel sagte, die jungen Deutschen hätten am Jahrestag der „Kristallnacht“ keine Freude zeigen dürfen, so habe ich zusammen mit Deutschen geantwortet: „Dass sich junge Deutsche über die erreichte Freiheit freuen, das ist doch gerade, was wir nach 1945 erhofft haben!“. Und wenn freiheitliche Grundrechte vergewaltigt werden, so soll man überall protestieren, eben weil man Hitler nicht nur wegen Auschwitz verworfen hat und verwerfen soll.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt. Was können Juden tun? In Deutschland klar sprechen. Ich darf ein Beispiel nehmen. Ich stoße mich sehr an dem Holocaust-Denkmal hier, weil ich es eine Herausforderung für jeden Überlebenden finde. Wie ist ein Teil meiner Familie gestorben - durch Gas. Wie sind andere gestorben - an Gräben. Hier macht man Grabmäler. Das ist eine Verhöhnung der Art, wie die Juden verstorben sind. Und ich glaube, die Art der Erinnerung ist außerordentlich wichtig und sollte ernst genommen werden. Was können Juden tun? Wer hat mehr gegen Antisemitismus getan als Amira Hass, Journalistin, die nun seit

Jahren in Gazah oder heute in Ramallah lebt (man lese ihr Buch *Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land*. C.H.Beck, 2003) oder Daniel Barenboim als Gründer des jüdisch-palästinensischen Jugendorchesters. Das sind Taten gegen den Antisemitismus. Keine Tat gegen den Antisemitismus ist jede Sich-selbst-Abschließung, jede Parallelgesellschaft. Ich kenne es aus Frankreich. Da heißt es *communautarisme*. In einer Synagoge von Paris hat ein katholischer Priester vergeblich versucht, mit der benachbarten Lubawitsch-Gemeinde Kontakt aufzunehmen, wie mit den muslimischen Nachbarn. Und es ist eben nicht gelungen. Ich komme zu meinem Hauptanliegen. Wie ich auch schon in der Dresdner Frauenkirche sagen durfte, es geht darum, das Leiden anderer zu verstehen. Dieses Verstehen ist auf jüdischer Seite im Allgemeinen nicht vorhanden. Schon vor Jahren gab es ein Attentat auf ein jüdisches Restaurant. Ich war sehr froh darüber, dass eine so große Demonstration als Ausdruck des Protestes folgte. Aber ein paar Tage früher war ein junger Araber in Toulouse zu Tode gefoltert worden und es gab keinen jüdischen Protest. In Israel gibt es die Bäume, die die Gerechten feiern und ich glaube, dass ist sehr schön so, dass die Gerechten gefeiert werden. Die Gerechten sind eben nicht jüdische Menschen, die für Juden eingetreten sind. Ich sage es sehr provokatorisch; ich sehe keinen Ort, wo die Bäume gepflanzt werden können für jüdische Organisationen, die für Nichtjuden eingetreten sind. Das ist eine sehr wesentliche Tatsache. So hatten wir in Frankreich seit dem Jahr 2000 die skandalöse Lage, dass alle Waisenkinder von deportierten Juden Geld bekamen, aber die Waisen von nichtjüdischen Deportierten bekamen nichts. Diese Ungerechtigkeit ist im Juli 2004 abgeschafft worden. Es hatte zuvor keinen Protest der jüdischen Verbände gegeben, dass es doch ungerecht sei, dass nur die jüdischen Waisen Entschädigungen bekommen. Ich glaube, das es auch so etwas, was wir ständig in Frankreich auszutragen haben. Es gibt einen großen Gegensatz zwischen mindestens zwei Organisationen, die beide gegen Antisemitismus sind, bei denen ist das Wort Rassismus kleingeschrieben, das Wort Antisemitismus groß. Außerdem wird im Anti-Islam toleriert, was beim Antisemitismus nie toleriert werden würde. Hier weniger als in Italien oder in Frankreich wurden die Bücher von Oriana Fallaci gelobt. Sie wird nicht verurteilt. Wenn man die Wörter „Araber“ oder „Moslem“ in ihren Büchern durch das Wort „Juden“ ersetzen würde, gäbe es eine Anzahl von Protesten. Ich habe den Eindruck, dass hier zwei sehr verschiedene Sprachen gesprochen werden und ich bedauere das sehr. Ein anderes Beispiel: in einer Zeitung ist am 10. August die Zahl der Schändungen aufgezählt worden. Vom 1. Januar bis zum 10. August sind in Frankreich vier jüdische Friedhöfe, acht moslemische und drei christliche Friedhöfe geschändet worden. Ich will damit nur zum Ausdruck bringen, dass auch die moslemischen Friedhöfe geschändet werden. Das heißt natürlich nicht, dass man nicht gegen Antisemitismus sprechen sollte. Es ist aber Antisemitismus fördernd, wenn man nicht zugleich andere Rassismen bekämpft. Und das ist eine Aufgabe von Juden und von jüdischen Organisationen. Das schönste Beispiel, das ich dafür kenne, ist ein Bildhauer, der in Belarus in einem Dorf ein Denkmal für die nichtjüdischen Opfer dieses Dorfes gefeilt hat, der aber auch ein wunderbares Denkmal für die Juden, die in Minsk in einer Grube massenermordet wurden, geschaffen hat. Die Tatsache, dass derselbe Künstler beides tat, hat ein Zeichen dafür gesetzt, dass Juden auch solidarisch sind mit dem Leiden von Nichtjuden.

Ich glaube, ich habe mich nicht dafür zu entschuldigen, zu hart gesprochen zu haben. Ich möchte nicht, dass es eine Litanei des Anti-Antisemitismus gibt, die verkennt, was geleistet werden muss. Und das ist nicht nur die Bekämpfung von Antisemitismus, sondern auch die Bekämpfung von Selbstisolierung und von Unverständnis für das Leiden von denen, die keine Juden sind. Ich danke Ihnen.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Das war gewiss sehr scharf, Sie haben es selber gesagt, Prof. Alfred Grosser. Voltaire hat in einem ähnlichen Zusammenhang gesagt, „dass ich Ihre Auffassung nicht teile, aber dass ich dafür bin, dass Sie sie aussprechen können.“

Nun darf ich mich nicht mit Voltaire vergleichen, will ich auch nicht, aber ich finde das Zitat sehr wichtig. Als nächstes spricht Brian Klug.

Prof. Brian Klug (St. Xavier University Chicago, USA) (Übersetzung): Sehr geehrter Herr Professor Weisskirchen, sehr geehrte Mitglieder der Deutschen Delegation: Vielen Dank für Ihre Einladung zu diesem Forum und für die Gelegenheit, einen Beitrag zu Ihrer Arbeit zur Bekämpfung des Antisemitismus zu leisten. Es tut mir leid, dass ich trotz meines Namens das Wort nicht auf Deutsch an Sie richten kann. Zu Hause sprachen meine Eltern Jiddisch, was mir eine solide Grundlage für das Sprechen Ihrer Sprache hätte geben sollen. Aber wie viele jüdische Eltern taten sie dies, um nicht von ihren Kindern verstanden zu werden, und das ist ihnen auch gelungen!

Sie haben drei Fragen zur Umsetzung der Berliner Erklärung aufgeworfen. In meiner Erklärung werde ich die Bedeutung der begrifflichen Klarheit betonen. Dies betrifft alle drei Fragen. Da ich aber nur zehn Minuten Zeit habe, werde ich mich auf die dritte konzentrieren: „Der Unterschied zwischen Kritik an den Maßnahmen der israelischen Regierung und Antisemitismus (Punkt 3 der Berliner Erklärung)“.

Eines der wichtigsten Themen der Berliner Erklärung ist die Toleranz. Dieses Wort (oder sein Gegenteil, Intoleranz) kommt mehrmals im Text vor. Punkt 1 der Erklärung verurteilt nicht nur „alle Erscheinungsformen des Antisemitismus“, sondern auch „alle anderen Akte von Intoleranz“. Ich gehe davon aus, dass Punkt 3 in diesem Lichte gelesen werden sollte. Der Sinn von Punkt 3 ist, wenn ich es richtig verstehe, folgender: Einerseits sollten politische Ansichten, die Israel oder den Aktionen der israelischen Regierung feindlich gegenüberstehen, toleriert werden, wie umstritten sie auch sein mögen. Andererseits sollten wir niemals den Antisemitismus oder irgendeine seiner Erscheinungsformen tolerieren.

Meine Anmerkungen sollen diesen Unterschied klären und seine Bedeutung verstärken. Es ist unvermeidlich, dass sie unvollständig und komprimiert sind. Ich bin gern bereit, sie weiter auszuführen und Ihnen auf jede mir mögliche Art und Weise bei Ihrer Arbeit behilflich zu sein.

In dem Entwurf einer Studie *Erscheinungsformen des Antisemitismus in der Europäischen Union* verweisen die Autoren (zu denen auch meine sehr verehrte Podiumskollegin Dr. Juliane Wetzel gehört) auf die Berichte der Nationalen Brennpunkte, die das Netzwerk für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit der EUMC einschließen. Sie besagen, dass alle von ihnen über das Problem berichten, eine klare Unterscheidung zwischen der Kritik an der israelischen Regierung und dem Antisemitismus zu treffen.¹ Der vollständige, im März veröffentlichte EUMC-Bericht diskutiert diese Frage ausführlich.²

Beide Studien betonen darüber hinaus, dass selbst die Datenerfassung unter einem Mangel an Klarheit leidet. In dem Entwurf einer Studie heißt es: „Die Schwierigkeit der Klassifizierung antisemitischer Vorfälle macht es unmöglich, einen quantitativen Vergleich zwischen den Staaten vorzunehmen“.³

Diese Probleme wachsen noch, wenn wir uns von der EU, die damals nur 15 Mitgliedstaaten hatte, zur OSZE begeben, einer Organisation mit 55 Teilnehmerstaaten, die sich auf ein sehr viel größeres Gebiet des Erdballs erstrecken. Ohne begriffliche Klarheit wird die OSZE bei

¹ EUMC, *Manifestations of Antisemitism in the European Union* (Wien, März 2003, unveröffentlichter Entwurf vom 20. Februar 2003), Erstes Halbjahr 2002, Synthesis Report, S. 5, Fussnote 1.

² EUMC, *Manifestations of Antisemitism in the EU 2002-2003* (Wien, März 2004). Siehe z.B. S. 239-241.

³ Unveröffentlichter Entwurf der EUMC, 2003 (siehe Fußn. 1), S. 25

ihren Anstrengungen zur Bekämpfung des Antisemitismus behindert werden. Man könnte es so ausdrücken: Wenn man seinen Feind nicht identifizieren kann, kann man ihn auch nicht bekämpfen.

Anders gesagt: Wir brauchen eine klare und angemessene, allgemein gültige Definition, die einheitlich als Kriterium oder als Quelle für Kriterien verwendet wird.

Beide EUMC-Studien zitieren billigend die Definition des Antisemitismus von Professor Helen Fein. Sie lautet auszugsweise: „eine anhaltende latente Struktur feindseliger Überzeugungen gegenüber Juden als Kollektiv...“⁴ Mit anderen Worten, im Zentrum des Antisemitismus steht der Stereotyp des „Juden“.

Die Berliner Erklärung stellt fest, dass der Antisemitismus seit dem Holocaust unter neuen Erscheinungs- und Ausdrucksformen auftritt. Dies ist zweifellos richtig. Es gibt jedoch bestimmte Themen, die die antisemitische Interpretation des ‚Juden‘ bilden. In den Augen eines Antisemiten sind Juden Fremde, mächtig, zusammenhaltend, verschlagen, materialistisch, legalistisch, Parasiten, enturzelt usw. Nicht alle diese Themen haben immer die gleiche Betonung erfahren. Ferner gibt es Variationen – unterschiedliche „Erscheinungs- und Ausdrucksformen“ zu unterschiedlichen Zeiten und an verschiedenen Orten. Doch ungeachtet dessen, ob jüdische Identität als rassistisch, religiös, kulturell oder national gesehen wird und ob Antisemitismus von rechts oder von links kommt, ist dies, mehr oder weniger, die antisemitische Figur des ‚Juden‘ über die Jahrhunderte.

Unter Verwendung dieser Figur als Kriterium lässt sich Folgendes sagen: Wann immer ein Text oder eine Person diese Figur (a) auf Israel oder seine Regierung projizieren, weil Israel ein jüdischer Staat ist, oder (b) auf den Zionismus, weil der Zionismus eine jüdische Bewegung ist, oder (c) auf Juden als Einzelne oder als Gesamtheit in Verbindung mit Israel oder dem Zionismus – dann sind dieser Text oder diese Person antisemitisch. (Dies trifft zu auf die Rede von Mahathir Mohamad, in der der frühere Premierminister Malaysias behauptete, dass die Juden Kontrolle über die mächtigsten Länder erlangt hätten und dass diese kleine Gemeinschaft zu einer Weltmacht geworden sei.⁵)

Lassen Sie mich drei Anmerkungen zu dem von mir vorgetragenen Argument machen:

Erstens garantiert ein zutreffendes Kriterium nicht in jedem Fall ein endgültiges Urteil. Die Frage, wie es gebraucht wird – beispielsweise für eine bestimmte Kritik an der israelischen Regierung oder eine bestimmte politische Karikatur – kann unklar sein und Menschen guten Willens können unterschiedlicher Meinung sein. Das Kriterium setzt jedoch eine Grenze: Es bietet eine Norm, auf die wir unsere Ansichten stützen können und auf die wir bei unserer anderen Auffassung verweisen können. Kurz gesagt, der Sinn, über ein zutreffendes Kriterium auf der Grundlage einer soliden Definition zu verfügen, besteht nicht darin, *Einstimmigkeit*, sondern *Rationalität* zu erzeugen.

Zweitens kommt der Antisemitismus nicht immer konkret zum Ausdruck. Wie ein Korrespondent des *Guardian* vor kurzem sagte, kann er „sich unter der Maske des Antizionismus verbergen“.⁶ Vielleicht. Dennoch wird andererseits impliziert, wenn Antizionismus oder Kritik an der israelischen Regierung als *Maske* fungieren können, dass sie

⁴ Helen Fein, ‚Dimensions of Antisemitism: Attitudes, Collective Accusations and Actions‘, in H. Fein (Hsg.), *The Persisting Question: Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism* (Current Research on Antisemitism, Bd. 1), Berlin & New York: Walter de Gruyter (1987), S. 67; zitiert im unveröffentlichten Entwurf der EUMC 2003 (s. Fußn. 1), S. 17, und im EUMC-Bericht 2004 (s. Fußn. 4), S. 186, 307.

⁵ Mahathir Mohamad, Ansprache auf der 10. Sitzung der Islamischen Gipfelkonferenz, 16. Oktober 2003, Abs. 51. Verfügbar unter <http://www.oicsummit2003.org.my/speech-03.php> (gesehen am 18. Oktober 2003).

⁶ *Guardian* (UK), 18. Oktober 2004, S. 19.

selbst nicht antisemitisch sind; eine Maske, die wie das Maskierte aussieht, ist jedoch keine Maske. (Das wäre wie ein Wolf im Wolfspelz). Andererseits, wenn das Verborgene *Antisemitismus* ist, dann ist die Fiktion des „Juden“ noch immer in der Kritik am Zionismus oder an Israel inhärent, auch wenn sie zwischen den Zeilen liegt. Sie ist, mit anderen Worten, ein *Subtext*, und es gibt Möglichkeiten, Subtexte ins Licht zu rücken, indem man Belege aus anderen Quellen hinzuzieht.

Drittens verwenden Manche ein anderes Kriterium als das von mir befürwortete. Professor Alan Dershowitz beispielsweise argumentiert wie folgt: Wenn die Kritik an Israel „die Linie zwischen fair und unredlich“ überschreite, gehe sie „vom Akzeptablen zum Antisemitismus über“.⁷ Wer diese Auffassung vertritt, sagt, dass die Linie überschritten wird, wenn die Kritik ungerechterweise Israel herausgreift; wenn sie zweierlei Maßstäbe anlegt und für Israel strengere Kriterien ansetzt, als sie es für andere Staaten tut; wenn die Tatsachen falsch dargestellt werden und Israel in ein schlechtes Licht gestellt wird; wenn der Jüdische Staat als Apartheid verleumdet wird usw. All dies ist zweifellos unredlich. Aber ist es auch notwendigerweise antisemitisch? Nein, das ist es nicht. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ein tragischer und bitterer Kampf zwischen zwei Völkern. Die Probleme sind komplex, die Leidenschaften entfacht, und das Leiden beider Völker ist groß. Unter solchen Umständen sind *beide* Seiten voreingenommen. Auf *beiden* Seiten überschreiten die Menschen „die Linie zwischen fair und unredlich“. Wenn Kritiker oder Gegner der Palästinenser diese Linie übertreten, werden sie nicht zu antiarabischen Rassisten. Ebenso werden andere, wenn sie die Linie bei ihrer Kritik oder ihrer Gegnerschaft gegenüber Israel überschreiten, nicht zu Antisemiten. Die Linie trennt für beide Seiten.

Es gibt mehrere Gründe, weshalb es wichtig ist, eine klare, fundierte Trennlinie zwischen der Kritik an Israel und dem Antisemitismus zu ziehen, und diese Linie ungeachtet unserer emotionalen oder politischen Tendenzen zu respektieren. Lassen Sie mich kurz drei dieser Gründe anführen:

- (1) Wenn wir das Wort ‚Antisemitismus‘ zu häufig verwenden, insbesondere zur Stigmatisierung politischer Ansichten, die Israel gegenüber feindlich sind, unterminieren wir unsere eigene Glaubwürdigkeit und die der Sache der Bekämpfung des Antisemitismus.
- (2) Die Bezeichnung politischer Meinungen als ‚antisemitisch‘ kann sich auch gegenteilig auswirken, wenn diese es nicht sind: anstatt diese Meinungen zu delegitimieren, ist es stattdessen verantwortlich, Antisemitismus zu legitimieren.
- (3) Nicht zu unrecht wurde der Antisemitismus ein „Monster“ genannt.⁸ Aber auch fälschliche Anschuldigungen, antisemitisch zu sein, sind monstruös. Wir entfremden Menschen guten Willens von unserer Sache, wenn wir sie fälschlich beschuldigen, Antisemiten zu sein.

Aus diesen und anderen Gründen bin ich der Auffassung, dass es bei der Bekämpfung des Antisemitismus von entscheidender Bedeutung ist, eine begriffliche Klarheit anzustreben. Dies ist jedoch eine große Herausforderung. In meiner heutigen Erklärung habe ich nur einige der zu untersuchenden Themen angesprochen. Abschließend möchte ich einen Handlungsvorschlag machen. In Anbetracht dessen, dass die Berliner Erklärung das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) dazu aufruft, uneingeschränkt mit anderen „relevanten internationalen Institutionen und NROs“ zusammenzuarbeiten, möchte ich ehrerbietig vorschlagen, dass dieses Büro in Verbindung

⁷ Alan Dershowitz, *The Case for Israel*, Hoboken, N.J.: Wiley & Sons, 2003, S. 1.

⁸ S. z.B. Cobi Benatoff, Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses, EU-Seminar über Antisemitismus (Brüssel), 19. Februar 2004. Verfügbar unter <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/europe/3502019.stm>.

mit der EUMC und anderen geeigneten Organen eine Seminarreihe für Wissenschaftler und andere interessierte Personen veranstaltet. Ziel dieser Veranstaltungen wäre es, zu einem Konsens über die Kriterien zu gelangen. Vielleicht können wir, wenn wir gemeinsam diskutieren, zu der Klarheit gelangen, an der es uns derzeit mangelt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Geduld.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen: Thank you, Prof. Klug. Dr. Juliane Wetzel, Sie sind die nächste.

Dr. Juliane Wetzel (Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin): Vielen Dank für die Einladung. Die OSZE-Konferenz zum Antisemitismus in Berlin und ihr Abschlussdokument, die Berliner Erklärung, geben im Gegensatz zur Wiener OSZE-Konferenz im letzten Jahr Anlass zur Hoffnung, dass sich ein stärkeres Bewusstsein für das Spezifikum des Antisemitismus durchzusetzen beginnt. Die Berliner Konferenz war vor allem durch die deutliche Positionierung einiger führender internationaler Politiker und das weltweite mediale Interesse ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, zu dem insbesondere auch die starke Beteiligung der NGOs beigetragen hat. Bereits das NGO-Forum am Tag vor der eigentlichen Konferenz hat wichtige Impulse für die politische Umsetzung von Bekämpfungsstrategien gegen Antisemitismus gegeben. Der Natur der OSZE gemäß kann die Berliner Erklärung nur eine Konsensvereinbarung darstellen, die in einigen Punkten durchaus ergänzungsbedürftig ist und an manchen Stellen erkennen lässt, dass das Phänomen des Antisemitismus noch nicht in seiner Gänze und in seinen verschiedenen Spielarten erfasst wurde. Im ersten Teil des Abschlusskommunikés liegt der Fokus auf den Begriffen Rasse und Religion. Abgesehen davon, dass eine Kategorisierung in Rassen wissenschaftlich nicht mehr haltbar ist, wie bereits die Erklärung der UNESCO im Juni 1995 hervorhob, sind antisemitische Vorurteile heute nur noch bedingt in diese Kategorien zu fassen. Obgleich die religiös bedingte Judenfeindschaft keineswegs aus dem Repertoire antisemitischer Konnotationen gestrichen ist und Rechtsextreme in ihrem Hass gegen die Juden rassistische Vorbilder benutzen, richten sich gewalttätige Übergriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen in Europa heute gegen die Minderheit stellvertretend für Israel. Eine Ausgrenzung erfolgt gegen die Gruppe als Solches oder gegen ihre Einrichtung im Sinne eines unterstellten internationalen Judentums. Juden werden heute, ausgenommen im rechtsextremen politischen Spektrum, nicht mehr als Rasse oder wegen ihrer Religion diskriminiert, sondern, weil sie antisemitischen Weltverschwörungstheorien gemäß als Bedrohung angesehen und als Ausgeburt des Satans, der die Welt beherrscht, wahrgenommen werden. Antisemitische Konnotationen haben sich insofern grundlegend geändert, als an Stelle der Juden, der Zionismus und insbesondere Israel getreten sind. Aus dem teuflischen Juden wird der teuflische Staat. Der Begriff „Jude“ wird durch Zionist ersetzt und eine weltweite zionistische Verschwörung herbeigeredet. Mit dem bloßen Ersetzen der Begriffe und dem Mantel des Zionismus versuchen sich Antisemiten zu tarnen. Antisemitismus wird oft erst als solcher wahrgenommen, wenn er sich rassistischer Stereotypen der nationalsozialistischen Ideologie bedient, oder gar erst, wenn er einen genozidalen Charakter hat. Subtilere Formen des antijüdischen Vorurteils werden häufig nicht als Bestandteil des Antisemitismus akzeptiert. Deshalb stehen wir heute vor dem Dilemma, dass antirassistische Gruppierungen, Vereine und Organisationen, die jahrzehntelang den Antisemitismus im rechtsextremen Lager bekämpft haben, selbst nicht frei von solchen antisemitischen Vorurteilen sind. Neu geschaffene Stereotypen der gesamten Bandbreite des antisemitischen Stereotypenkatalogs bedienen sich heute die Rechtsextremen, radikale Islamisten und instrumentalisierte Jugendliche der Zuwanderergesellschaften, Teile der globalisierungskritischen Bewegung und der pro-palästinensischen Linken in ganz Europa. Nicht selten kommt es dabei zu unheiligen Allianzen zwischen diesen weltanschaulichen Lagern, die für ihre Agitation bestimmte Aktionsformen verwenden und sich dabei in erster Linie antisemitischer Weltverschwörungstheorien bedienen. Die Entwicklung in einigen EU-

Ländern und Deutschland legt den Schluss nahe, dass es heute legitim, manchmal auch sogar en vogue erscheint, eine antiisraelische Haltung einzunehmen, die sich judenfeindlicher Stereotypen bedient. Damit schleichen sich antisemitische Denkstrukturen mehr und mehr in den öffentlichen und privaten Diskurs ein und werden von Gesellschaft, Politik und Presse seltener thematisiert und kritisiert. Auf diese Weise steigt die Akzeptanz antisemitischer Stereotypen nahezu unbemerkt an. Um solchen Tendenzen entgegenzuwirken, müssen Politiker öffentlich Stellung beziehen und nicht nur antisemitische Straftaten als Angriffe gegen die Zivilgesellschaft, sondern auch verbale Formen verurteilen. Dies muss auch für Äußerungen gelten, die unter Punkt 3 der Berliner Erklärung noch für meine Begriffe sehr vage umschrieben werden. Hier gilt es deutlich zu machen, was auch Brian Klug schon angesprochen hat, wo die Grenzen einer keineswegs in Frage gestellten legitimen Kritik an der israelischen Politik und einer Instrumentalisierung antisemitischer Inhalte zu ziehen sind. Ich sehe diese Grenzen etwas anders als Brian Klug. Die politischen Ereignisse im Nahen Osten dienen als Vehikel, um die alten Spielarten des traditionellen Antisemitismus in neue, weniger delegitimierte Formen zu übersetzen, die heute in Europa bis hinein in den politischen Mainstream benutzt werden. Diese Kritik an der Politik Israels und an der Regierung überschreitet dann eine Grenze zum Antisemitismus, wenn das Existenzrecht des Staates Israels in Frage gestellt oder gar negiert wird; wenn eine Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus erfolgt. Mit den Vergleichen zwischen dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden und dem Vorgehen des israelischen Militärs geht häufig nicht nur eine Umkehr der Täter-Opfer-Rolle einher, sondern es wird gleichzeitig auch eine Verharmlosung des Holocaust impliziert. Eine solche Grenze wird ebenso deutlich überschritten, wenn Juden in Deutschland, Frankreich oder irgendwo sonst auf der Welt für die Politik in Israel verantwortlich gemacht werden oder deshalb tätlichen Übergriffen ausgesetzt sind. Festzuhalten gilt auch, dass Israel im Vergleich zu anderen Staaten nicht selten einem double-standard, also einer Doppelmoral, unterliegt. Israel steht im Gegensatz zu anderen Krisenherden auf der Welt täglich im Fokus der medialen Berichterstattung und nimmt im öffentlichen Diskurs eine bei weitem zentralere Rolle ein, als etwa der Sudan, Tschetschenien oder seinerzeit Ruanda. Mechanismen sind vermeintlich harmlos geäußerte Statements wie: „Man wird doch wohl noch kritisieren dürfen.“ Der Tabuverdacht, man dürfe sich angeblich nicht kritisch über die israelische Politik äußern, funktioniert wie jener des Kollektivschuldvorwurfs, den wir aus der bundesrepublikanischen Geschichte seit 1945 kennen. Er dient der Abwehr und der Übertragung der Verantwortung auf andere. In beiden Fällen werden Juden als Schuldige für die angebliche Einschränkung der freien Meinungsäußerung ausgemacht. Nicht unproblematisch ist darüber hinaus die fast schon automatisierte Wahl von Referenten aus Israel, die für ihre extrem kritische Haltung gegenüber der israelischen Politik bekannt sind und sich bisweilen sogar unsäglicher Vergleiche mit dem Nationalsozialismus bedienen. In manchen Veranstaltungen, wie etwa bei der Attac-Konferenz „Stop the Wall“ im Frühjahr diesen Jahres in Köln, werden diese Referenten bewusst oder unbewusst missbraucht, um die eigene Haltung, die durchaus nicht frei ist von antisemitischen Vorurteilen, zu legitimieren.

Mit Antisemitismus muss sich die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft auseinandersetzen. Juden sind Opfer dieser Vorurteile, nicht agierende Protagonisten. Damit ist ein grundlegendes Vorurteil genannt, das es auszuräumen gilt: die Vorstellung, Juden seien durch ihr Verhalten selbst Schuld an antisemitischen Stereotypen. Dies trifft gleichermaßen auf den Vorwurf zu, die israelische Politik sei Schuld am Antisemitismus in Europa. Die Radikalisierung des Nahostkonfliktes hat allenfalls dazu beigetragen, dass latent vorhandene antisemitische Vorurteile wieder virulent wurden und in den Zuwanderergesellschaften, deren Jugendliche für ihre schlechte soziale Situation einen Sündenbock suchen, die Propaganda radikaler Kräfte nicht zuletzt arabischer Medien ein Ventil bekam.

Die Berliner Erklärung ist eine politische Willensbekundung, die nun der praktischen Umsetzung bedarf. Es ist ja schon angesprochen worden, dass seit August 2004 Dr. Kathrin

Meyer als Beraterin für Fragen des Antisemitismus bei ODIHR in Warschau sitzt und dort angefangen hat Projekte zu entwickeln, die natürlich auch dazu dienen sollen, den Antisemitismus zu beobachten und dabei natürlich auch Netzwerke, also alle NGO's, soweit es nur irgendwie möglich ist, einzubeziehen und auch natürlich deren Ergebnisse. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass Frau Meyer versucht, über dieses Netzwerk einen festen Bestand von NGOs zusammenzubringen, der dann beim Monitoring des Antisemitismus und der Evaluation der Holocaust-Erziehung in den OSZE-Mitgliedstaaten helfen soll, um so einen Katalog für „best practices“ zu erstellen. So kann etwa auch der Anregung von Yehuda Bauer auf der OSZE-Konferenz in Berlin entsprochen werden, neue Curricula für die Holocaust-Erziehung in multikulturellen Gesellschaften zu erstellen. Wenn es darum geht, Grenzen und Chancen der Holocaust-Erziehung heute aufzuzeigen, kommen wir nicht umhin, auch die aktuellen Formen des Antisemitismus und ihre Auswirkungen in die Überlegungen mit einzubeziehen. Holocaust-Erziehung ist keine Präventivmaßnahme gegen Antisemitismus, aber Holocaust-Erziehung in multikulturellen Gesellschaften bedeutet heute für Lehrer, konfrontiert zu werden mit antisemitischen Stereotypen, die ihnen im Unterricht über den Holocaust begegnen und auf die sie unzureichend vorbereitet sind.

Wir arbeiten mit Kathrin Meyer eng zusammen. Es wird auch in anderen Zusammenhängen hier in Deutschland neue Projekte geben, etwa mit dem American Jewish Committee auch in Bezug auf Holocaust-Erziehung und Präventivmaßnahmen gegen Antisemitismus in Schulen in multikulturellen Gesellschaften. Ich denke, es ist auch wichtig darauf hinzuweisen, dass die Berliner Konferenz bei einigen NGO's und bei einigen betroffenen gesellschaftlichen Kreisen immerhin ausgelöst hat, dass sie über mögliche eigene antisemitische Ressentiments nachdenken, wie etwa die globalisierungskritische Organisation Attac, die sich auf Konferenzen und in Publikationen mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzt. Wir haben in Berlin mit der „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“ eine Kooperation von Leuten, auch aus den Zuwanderergesellschaften, die versuchen, das Thema Antisemitismus in den türkischen Communities anzugehen, indem sie z. B. Projekte zu Weltverschwörungstheorien machen. Ich denke, es ist wichtig, dass dies auch von der Bundesregierung und von den jeweiligen Ministerien unterstützt wird und zwar nicht über kurzfristig geförderte Projekte, sondern über Projekte, die über längere Zeit laufen. Denn kurzfristig lässt sich der Antisemitismus, wie wir alle wissen, nicht beseitigen. Vielen Dank

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Vielen Dank, Frau Dr. Wetzel. Zwei knappe Bemerkungen zu zwei Personen, die Sie genannt haben: Yehuda Bauer hätten wir auch gerne hier gehabt; er hat sich leider nicht zurückgemeldet. Sie haben ebenfalls AJC genannt. Ich darf sagen, dass, der eine oder andere wird es ja wissen, dass Deidre Berger uns mitgeteilt hat, sie könne heute leider nicht hier sein, weil David Harris derzeit in Berlin ist. Ich weiß nicht, wen sie stellvertretend für den AJC benannt hat. Sagen Sie auch herzliche Grüße beiden Herren Professoren Benz und Bergmann, die an diesem Thema wie Sie vorbildhaft arbeiten. Vielleicht können Sie, Herr Steig, auf einen der konkreten Punkte, die Frau Dr. Wetzel am Schluss genannt hat, eingehen und erörtern, inwiefern es gelingt, längerfristige Projekte voranzubringen und auf Dauer zu stellen, und wie wir damit umgehen können. Das Angebot des Zentrums liegt ja auf dem Tisch.

Ganz besonders danke ich Ihnen, Herr Rensmann, dass Sie quasi von vorhin auf jetzt gesagt haben, dass Sie bereit sind, und das ist schwer genug, Micha Brumlik zu ersetzen. Das wissen wir alle. Zunächst einmal danke ich Ihnen dafür, dass Sie überhaupt das Wagnis eingehen, aber Sie sind ja glänzend ausgewiesen; Ihre wissenschaftliche Arbeit hat das dokumentiert. Und ich bin sicher, dass Sie diese drei Fragen dennoch so erschöpfend beantworten können, so dass wir daraus einen Gewinn ziehen. Sie haben das Wort.

Jörg Rensmann („Die Jüdische“, Berlin): Prof. Weisskirchen, ich habe mich sehr gefreut, hier den Platz von Prof. Brumlik, den ich sehr schätze, einzunehmen. Ich darf Sie nur in einer Hinsicht korrigieren. Ich bin Diplompolitikwissenschaftler, aber habe noch nicht promoviert. Nur damit da keine Missverständnisse aufkommen. Ich bin aber, denke ich, nicht weniger drin in der Materie.

Ich möchte mich, da Frau Dr. Wetzel schon sehr ausführlich gesprochen hat, zu zwei drei Punkten äußern und damit auch schon ein wenig in die Debatte überleiten. Das eine ist, Herr Prof. Grosser, dass ich Ihre Ausführungen nicht ganz nachvollziehen kann, dass auf jüdischer Seite kein Verständnis für die Leiden anderer Opfergruppen gewesen sein soll. Ich erinnere nur daran, dass es gerade die jüdischen Organisationen in Polen waren, die sich sehr für eine Kompensation von Roma in Polen eingesetzt haben, etwa in den Verhandlungen mit der deutschen Stiftungsinitiative. Das war gleichsam eine kleine persönliche Bemerkung vorweg. Das andere Problem ist, dass wir, und die Arbeit von ODIHR wird das zeigen, sehr wohl und sehr dringend neue Definitionen brauchen, was wir unter neuem Antisemitismus zu verstehen haben. Sehr erschöpfend und ausführlich hat sich Frau Dr. Wetzel dazu geäußert. Ich möchte mich, im Gegensatz zu Herrn Professor Klug, positiv auf Herrn Professor Alan Dershowitz beziehen. Ich teile seine Definition. Ich möchte vor allem deutlich machen, dass wir es in wesentlichen Teilen mit einer Israelkritik, wie sie in Deutschland, aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in weiten Teilen Europas geäußert wird, sehr wohl mit einem antizionistischen Antisemitismus zu tun haben. Wir haben es wie z. B. in Frankreich mit dem Phänomen zu tun, dass sowohl islamischer als auch arabischer Antisemitismus in gewisser Weise nach Europa zurücktransportiert wird. Dazu hat übrigens Micha Brumlik gerade in jüngerer Zeit sehr gut gearbeitet. Das betrifft das Phänomen, dass dieser Antisemitismus gleich nach Europa zurücktransportiert wird und hier vor allem von linken Basisbewegungen aufgegriffen wird. Ich möchte dazu ein Beispiel nennen. Vielleicht ist dem einen oder anderen das Bild auf einer pazifistischen Berliner Großdemonstration in Erinnerung, auf der Plakate transportiert wurden, die Sharon mit Hitler gleichgesetzt haben. Das war sehr, sehr deutlich und ist ein Beleg dafür, dass leider gerade in linken Basisbewegungen dieser antizionistische Antisemitismus zunehmend hoffähig wird. Wir haben aber auch, um von Deutschland zu sprechen, ein paar Probleme, wie man leider sagen muss, im eigenen Lande zu lösen. Etwa, wenn so genannte Islam- und Orientexperten wie Prof. Steinbach in der Öffentlichkeit Vergleiche ziehen, die darauf hinaus laufen, die Warschauer Ghettokämpfer mit palästinensischen sog. Widerstandskämpfern gleichzusetzen. Darauf ist mehrfach aufmerksam gemacht worden; leider hat sich in dieser Hinsicht nicht viel bewegt. Man würde sich schon manchmal wünschen, dass sich das in Zukunft ein bisschen ändert. Denn an prominenter Stelle solche Vergleiche zu ziehen, empfinde ich schon als sehr, sehr problematisch. Etwas anderes ist es etwa, wenn Menschen wie Ludwig Watzal, die für die Bundeszentrale für politische Bildung arbeiten, ebenfalls in der Öffentlichkeit, antisemitisch konnotative Bilder, ich sage hier in aller Deutlichkeit, antisemitische Bilder verwenden, die ausdrücken, jüdische Menschen würden ihre angebliche Medienmacht dazu ausnutzen, um vom Holocaust zu profitieren und daraufhin politische Ziele durchzusetzen. Das ist, wie sicherlich bekannt sein dürfte, ein antisemitisches Bild, das Ludwig Watzal hier evoziert und die Frage muss erlaubt sein, inwieweit so etwas statthaft ist. Wir haben uns alle, denke ich, die wir hier sind, verantwortlich die Frage zu stellen, welche Zeichen geben wir, wenn wir Antisemitismus bekämpfen, nach außen. Wäre es der richtige Weg, einen so genannten kritischen Dialog mit Organisationen wie der Hamas - einer ganz klar vernichtenden antisemitischen Organisation - zu führen. Ein solcher Dialogvorschlag wird, leider nicht zuletzt auch von bundesdeutschen Politikstiftungen, sicher nicht zur Gänze aber in Teilen in die Debatte geworfen. Noch vor zwei Wochen hat ein prominenter Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung gesagt, bei der Hamas handele es sich einfach um eine Wohlfahrtsorganisation. Damit wird ihre antisemitische Vernichtungsmotivation vollkommen negiert. Ich denke, das ist schon ein Problem, weil das an uns alle, die hier sind, die Frage zurückspielt, was können wir zukünftig

tun - in Deutschland, aber auch im Rahmen von ODIHR in Europa, um Antisemitismus zu bekämpfen. Wir müssen, um das zu betonen, uns mit einem Antisemitismus auseinandersetzen, der auch codiert vorkommt, der im Rahmen von Diskursen Platz greift und die Grenze des Sagbaren immer weiter verschiebt. Die es codiert immer weiter möglich macht, jüdische Menschen, auch den Staat Israel und Israels Existenzberechtigung verdeckt anzugreifen.

Ich möchte auch noch kurz darauf eingehen, was meine Vorredner gesagt haben. Ich glaube, wir befinden uns - und ich sage das deutlich - leider im Irrtum, wenn wir die Verfasstheit der palästinensischen Gesellschaft umstandslos gleichsetzen mit der Verfasstheit der israelischen Gesellschaft, wie das manchmal anklingt. Leider können wir nicht davon ausgehen, dass die palästinensische Gesellschaft im Augenblick in ihrer Mehrheit fähig wäre, um einen Friedensprozess einzuleiten. Wir stehen vor dem großen Problem, das empirisch nachweisbar ist. Ich verweise nur auf die Arbeit von Palestinian Media Watch und anderen internationalen Organisationen, die zeigt, dass in den palästinensischen Gebieten eine antisemitische Indoktrinierung betrieben wird, die bereits im frühesten Kindesalter anfängt. Und gerade da steht Europa, stehen wir in der Verantwortung. Wir sollten ruhig überlegen, ob es Sinn macht, auch neuere Auflagen von palästinensischen Schulbüchern mit zu finanzieren, an deren antisemitischem Inhalt sich leider nichts verändert hat. Warum die Unterstützung, warum das Geben von Geldern nicht an Bedingungen knüpfen, daran, dass diese antisemitische Hetze einfach aufhört. Ich betone ausdrücklich, dass das auch im Interesse der Kinder und Jugendlichen in den Gebieten selber ist, die wir zu mündigen Bürgern erziehen wollen, so dass wir nicht der Tatsache weiter ins Auge blicken müssten, schon die nächste Generation von palästinensischen Jugendlichen bereits im Hass gegen Israel zu verlieren. Insofern brauchen wir einerseits verlässliche Kriterien, wie sie ODIHR hoffentlich in Warschau entwickelt, um den Antisemitismus in Europa wirksam zu bekämpfen. Wir brauchen eine auf dem je neuesten wissenschaftlichen Stand sich befindende Holocaust-Education. In dieser Richtung sind bereits Vorarbeiten geleistet worden. Unabhängig davon brauchen wir aber auch das eindeutige Bekenntnis sowohl von zivilgesellschaftlichen Vertretern als auch von politisch verantwortlich Handelnden, Antisemitismus und einer antisemitisch motivierten Israelkritik entschieden zu bekämpfen und entgegenzutreten. Von der anderen Kritik möchte ich gar nicht reden, denn dass man Israel kritisieren darf, sollte selbstverständlich sein. Danke sehr.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Vielen Dank Herr Rensmann. Danke schön für die Präzision, und dass Sie Micha Brumlik so rasch mindestens zu einem wesentlichen Teil haben ersetzen können. Danke schön. Herr Steig, Sie haben in dieser Runde jetzt das letzte Wort. Mittlerweile haben wir zwei, nein drei Wortmeldungen und dann wird die Debatte eröffnet. Bitte schön.

MD Joachim Steig (Bundesministerium des Innern, Leiter der Abt. Innere Sicherheit, Berlin): Ja, vielen Dank Herr Prof. Weisskirchen. Meine Damen, meine Herren, ich komme zurück zu dem Statement von Staatssekretär Scharioth. Ich bin ja auch Vertreter der Bundesregierung. Ich freue mich, dass ich aus Sicht des BMI einen Beitrag leisten darf. Ich möchte das tun, indem ich mich auf die Frage 2 konzentriere: Sind die Ziele der Berliner Erklärung hinreichend beschrieben, um den Kampf gegen den Antisemitismus zu führen? Und wie Sie alle wissen, kümmert sich das Bundesministerium des Innern und auch ich in meiner Zuständigkeit um Fragen von Intoleranz und Antisemitismus natürlich und ganz wesentlich im Hinblick auf deren praktischen Aspekte. Deshalb möchte ich versuchen, diese Frage im Rahmen einer kurzen Darstellung der derzeitigen Politik der Bundesregierung in diesem Bereich zu beantworten. Im Jahre 2002 hat die Bundesregierung eine umfassende Strategie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt beschlossen. Dieses als 4-Säulen-Strategie bekannt gewordene Konzept trägt der Tatsache

Rechnung, dass es im Kampf gegen Antisemitismus wie gegen andere Formen der Intoleranz kein eindimensionales Vorgehen geben kann. Der Bekämpfungsansatz der Bundesregierung stützt sich daher auf:

1. Eine beständige Menschenrechtspolitik und Menschenrechtsbildung

Das friedliche Miteinander von Menschen jedweder Herkunft und Religion ist konstitutiver Bestandteil einer offenen und demokratischen Gesellschaft. In diesem Rahmen rassistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Einstellungen und Handlungen entschieden entgegenzuwirken, ist Kernstück der Politik der Bundesregierung.

2. Die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Förderung der Zivilcourage

Mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt haben BMI und BMJ am 23. Mai 2000 eine Einrichtung geschaffen, die Einzelpersonen und Gruppen bündelt und unterstützt, die sich gegen fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Bestrebungen wenden. Zurzeit handelt es sich dabei um immerhin ca. 1.300 Initiativen. Unter dem Dach des Bündnisses steht auch das Aktionsprogramm der Bundesregierung "Jugend für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus". Hier werden z. B. Projekte gefördert mit Bezug zum Arbeitsmarkt, z. B. Schulungen für Ausbilderinnen und Ausbilder in den Betrieben. Im Forum gegen Rassismus, das sich 1998 im Anschluss an das europäische Jahr gegen Rassismus konstituiert hat, wirken schließlich über 80 staatliche Stellen und Nichtregierungsorganisationen zur Überwindung von Intoleranz und Gewalt zusammen. Das Forum versteht sich als Plattform für den Erfahrungsaustausch und den Dialog der Vertreter der Nichtregierungsorganisationen und staatlicher Stellen über alle die Bekämpfung des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit betreffenden Fragen. Das Forum tagt morgen erneut in Berlin.

3. Die Förderung der Integration von Ausländern

Mit der Novellierung des Staatsangehörigkeitsrechts, die am 1. Januar 2000 in Kraft getreten ist, wird nun Kindern ausländischer Eltern mit der Geburt im Inland die deutsche Staatsangehörigkeit gewährt. Das neue Zuwanderungsgesetz, welches am 1. Januar 2005 in Kraft treten wird, stellt einen weiteren Fortschritt dar, da die Integrationsförderung mit diesem Gesetz auf eine neue systematische Grundlage gestellt wird.

4. Maßnahmen, die auf Täter und ihrem Umfeld abzielen

Hierzu zählen vor allem die nachhaltige Bekämpfung und konsequente Ahndung rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten. Durch ein neues Definitionssystem politisch motivierter Kriminalität werden klare Abgrenzungskriterien für solche Straftaten, basierend auf den Motiven der Täter, im Bereich der Polizei geschaffen. Im Bereich des Verfassungsschutzes werden im Vorfeld rechtsextremistische Organisationen beobachtet und gegebenenfalls durch den Bundesinnenminister verboten, so geschehen mit der Organisation "Blood and Honour". Die Beobachtung durch die Sicherheitsbehörden umfasst auch das Internet, in dem nicht nur antisemitische Texte sondern auch entsprechende Musik verbreitet werden. Ich darf beispielhaft als einen ganz praktischen Erfolg der Sicherheitsbehörden die Aufdeckung eines für den 9. November 2003 geplanten Sprengstoffanschlags auf die Grundsteinlegung für das neue Jüdische Zentrum in München erwähnen. Die Täter müssen sich zurzeit vor Gericht verantworten. Wie wichtig für uns die Bekämpfung des Rechtsextremismus und damit auch des Antisemitismus ist, zeigt der Beschluss der Innenministerkonferenz der letzten Woche, die eine bundesweite Informations- und Aufklärungskampagne gegen Rechtsextremismus beschlossen hat und einer Projektgruppe den Auftrag erteilt hat, diese zu entwickeln. Ich

komme hierauf im Zusammenhang mit der Beantwortung der an mich gestellten Frage gleich noch einmal zurück.

Ausgehend von den in Deutschland gemachten Erfahrungen bei der Bekämpfung des Antisemitismus komme ich zu dem Ergebnis auf die Ausgangsfrage, dass die Berliner Erklärung alle wesentlichen Elemente für eine erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus in den Mitgliedsländern der OSZE enthält. Das gilt vor allem, wenn man berücksichtigt, wie unterschiedlich die Verhältnisse in den Teilnehmerstaaten in Bezug auf die Entwicklung und Umsetzung menschenrechtlicher Standards sind. Einige konkrete Beispiele aus der Erklärung.

1. In dem Katalog der Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten steht zu Recht die Schaffung einer Rechtsordnung an der Spitze, die in allen Bereichen ein Leben frei von Gewalt, Diskriminierung und antisemitischen Übergriffen ermöglicht. Der Staat ist der oberste Garant für ein menschenwürdiges Dasein seiner Bürger. Er hat die Befugnis und die Verpflichtung, durch verfassungs- und zivilrechtliche Regelungen den notwendigen Rahmen zu setzen und mit Strafvorschriften untolerierbare Regelverstöße zu sanktionieren. Er hat aber auch, darüber sind wir uns in Deutschland alle einig, für den Bürger erkennbar die materielle Wertordnung unserer Verfassung durchzusetzen.
2. Ich begrüße es daher sehr, dass die Berliner Erklärung ausdrücklich auch die Bedeutung der Förderung erzieherischer Programme zur Bekämpfung des Antisemitismus betont. Das ist schon gesagt worden. Länder und Nichtregierungsorganisationen unternehmen mit Deutschland große Anstrengungen, um im Wege der Aufklärung und Erziehung dem Entstehen derartiger Geisteshaltungen entgegenzuwirken. So haben Toleranz und Menschenrechtserziehung Eingang in die Curricula unserer allgemein bildenden Schulen gefunden. Bekämpfung des Antisemitismus durch Erziehung findet ferner im Rahmen der Programme der Bundeszentrale und der Landeszentrale für politische Bildung des bereits erwähnten Bündnisses für Demokratie und Toleranz statt.
3. Von großer Bedeutung ist aus meiner Sicht auch das ebenfalls in der Berliner Erklärung postulierte Wachhalten der Erinnerung an die Tragödie des Holocaust. Die Konfrontation mit den Gräueln des NS-Regimes, wie sie z. B. in der Topographie des Terrors hier in Berlin oder in KZ-Gedenkstätten stattfindet, zeigt häufig eine nachhaltigere Wirkung als eine abstrakte Beschäftigung mit dem Thema. Ich selbst habe mir gestern hier in Berlin die Ausstellung über den Auschwitz-Prozess im Jahr 1963 im Martin-Gropius-Bau angeschaut. Dies ist eine ganz überzeugende Darstellung dieser Problematik.
4. Dieser Punkt ist hier mehrfach erwähnt worden. Ich möchte ihn dennoch noch einmal erwähnen, weil er aus meiner Sicht von besonderer Bedeutung ist. Unter praktischen Gesichtspunkten sind aktuelle und verlässliche Informationen und Statistiken über antisemitische Straftaten für eine gezielte Bekämpfung des Antisemitismus unverzichtbar. Als besonders schwierig und manipulierbar stellt sich hierbei die Abgrenzung zu Delikten ohne politischen Hintergrund dar. Würde man zum Beispiel nur darauf abstellen, dass die Opfer antisemitischer Straftaten Menschen jüdischen Glaubens sind, so hätte es im Jahre 2003 in Deutschland fünf antisemitische Gewalttaten gegeben. Wie ich eingangs bereits ausgeführt habe, stellt unser neues sehr differenziertes Definitionssystem aber auf die Motivation der Täter ab. Danach beträgt die Zahl der einschlägigen Gewalttaten 35. An diesem Beispiel wird auch deutlich, wie wichtig für die künftigen Veröffentlichungen von ODIHR verlässliche und für alle OSZE-Mitgliedsstaaten vergleichbare Daten sind. Ich empfehle daher, bei den ersten Veröffentlichungen Zurückhaltung zu üben und die zuständigen Regierungsstellen zuvor zu konsultieren. Ein Veröffentlichungsprogramm, das sich auf Basisdaten beschränkt, dafür diese aber für möglichst alle Mitgliedstaaten ausweist, verdient nach meiner Überzeugung den Vorzug vor einem Programm, das sehr

viele Details für wenige Staaten enthält. Es sollte verhindert werden, dass Mitgliedsländer, die mit ihrer Datenerfassung noch am Anfang stehen, durch zu hohe Anforderungen demotiviert werden. Ebenso kann es nicht angehen, dass Länder mit detaillierten Bestandsaufnahmen in den Verdacht kommen, dass bei ihnen der Antisemitismus besonders stark ausgeprägt ist. In der Kriminologie benennt man dieses Problem das Verhältnis von Hellfeld zu Dunkelfeld. Der Aufbau der entsprechenden Datenbanken bei ODIHR ist deshalb eine wichtige, aber auch schwierige Aufgabe. Mitarbeiter meiner Abteilung haben daher mit der Beratung von ODIHR begonnen und werden auch weiterhin voraussichtlich mit Vertretern anderer Mitgliedstaaten des EUMC gerne Hilfestellung für diese praktisch wichtige Frage leisten.

Zusammenfassend möchte ich deshalb feststellen, dass aus Sicht des Bundesinnenministeriums die Berliner Erklärung in erfreulicher Klarheit die wesentlichen Elemente für eine wirksame Bekämpfung des Antisemitismus enthält. Vielen Dank.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön Herr Steig. Wir haben jetzt mittlerweile neun Wortmeldungen. Jeder kommt entsprechend der Reihenfolge seiner Meldung zu Wort. Für Herrn Scharioth ist Herr Dr. Zimmermann aus dem Auswärtigen Amt hier. Ich würde alle, die jetzt das Wort ergreifen, einfach darum bitten, möglichst Fragen mit Blick auf die eingangs erwähnten drei Fragestellungen an die Experten zu stellen. Aber wir wollen das hier nicht restriktiv handhaben, sondern Sie haben hier natürlich auch die Gelegenheit, zu dem einen oder anderen Punkt inhaltlich etwas zu sagen. Wenn es geht, bitte ich Sie, fünf Minuten nicht zu überschreiten. Als erster erhält jetzt Herr Kramer das Wort und dann Herr Schroeder.

Stephan J. Kramer (Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin): Herr Vorsitzender Prof. Weisskirchen, meine Damen und Herren, vielen Dank zunächst einmal für die Einladung. Kramer, Zentralrat der Juden, für die, die mich noch nicht kennen. Ich denke, die Tatsache, dass hier heute dieses Hearing, diese Anhörung, stattfindet, zeigt, dass die OSZE-Konferenz mehr ist, verzeihen Sie mir, es salopp auszudrücken, als nur eine Eintagsfliege. Es ist sozusagen Beweis dafür, dass hier ernsthaft daran gearbeitet wird, wirklich das Thema auch weitergehend zu verfolgen; insofern schon einmal unser Dank. Ganz besonderer Dank auch an die beiden Sachverständigen Frau Dr. Wetzel und Herrn Rensmann, die mir, uns kurz zu machen, aus der Seele gesprochen haben. Insofern werde ich meinen Sachbeitrag auch ganz kurz halten. Ich denke, wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass wir uns mit dem rechten und linken Antisemitismus politisch auseinandersetzen müssen. Verbote allein, Bildungsprogramme und andere Dinge, die es in den vergangenen Jahren gegeben hat, helfen nicht mehr. Die jüngsten Entwicklungen in Brandenburg und Sachsen, NPD und DVU zeigen ganz deutlich, dass es höchste Zeit ist aufzuwachen und sich noch einmal politisch mit dem Thema auseinanderzusetzen und sich nicht nur auf wohlmeinende Verbotsregelungen oder andere Programme zurückzuziehen und damit die ganze Sache beiseite zu schieben. Lassen Sie mich an der Stelle auch noch auf Entimon und Civitas als gute Programme eingehen, die, wie ich denke, in den letzten Jahren gut funktioniert haben, aber sicherlich auch Probleme haben. Ich denke, wir sollten aus diesen Problemen lernen, versuchen, Konsequenzen zu ziehen, aber nicht die Konsequenz zu ziehen, die Programme einzustellen. Ich kann also nur noch einmal appellieren, sofern das nicht schon geschehen ist, deutlich noch einmal nach außen zu kommunizieren, wir machen weiter, das heißt nicht in derselben Form, aber unter Umständen mit bestimmten Reglements auch im Hinblick auf die Organisation. Ich denke, gerade diese Projekte und diese Förderprojekte sind extrem wichtig für die Nachwuchsinitiativen, auf die wir uns im Kampf gegen Antisemitismus besonders stützen. Letzter oder vorletzter Punkt: Ich denke, die Entbürokratisierung gerade auch dieser Programme ist extrem wichtig, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass viele kleinere Initiativen, die vor Ort durchschlagenden Effekt haben, wenn man überhaupt im

Zusammenhang damit von einem erfolgreichen Kampf gegen Antisemitismus reden kann, so bürokratisiert werden, dass sie sozusagen überhaupt nicht mehr zum Zuge kommen. Ein letztes, ich kann es mir nicht verkneifen, auch wenn verschiedene der Sachverständigen auf den Vortrag des geschätzten und respektierten Herrn Prof. Grosser eingegangen sind. Ich möchte nur zwei Punkte dazu noch einmal deutlich sagen. Ich weiß, dass in der heutigen Medienlandschaft der Satz gilt: „Tue Gutes und sprich darüber.“ Der Zentralrat hat sicherlich in den letzten Monaten und Jahren auch unter der Führung von Paul Spiegel eher den gegenteiligen Weg eingeschlagen. Wir reden nicht über alles, was wir tun. Ich denke, das ist ein guter Weg, weil wir als Zentralrat die zivilgesellschaftlichen Initiativen aus der Mitte dieser Gesellschaft nicht dominieren wollen. Wir wollen als Zentralrat nicht immer den Eindruck erwecken, „aha, die Juden spielen wieder mal den Vorreiter, wenn es um bestimmte Themen geht“. Dies scheint bei dem einen oder anderen vielleicht auch im Ausland den Eindruck zu erwecken, dass der Zentralrat sich nicht engagieren würde; und zwar nicht nur für den Kampf gegen Antisemitismus, sondern eben auch für andere Minderheitengruppen innerhalb dieser Gesellschaft. Ich kann nur noch mal daran erinnern, im seligen Angedenken an Ignaz Bubis, der nach Hoyerswerda und Mölln der erste in den Medien gewesen war, der für die nicht jüdischen Minderheiten eingetreten ist. Auch Paul Spiegel hat nach dem 11. September in der Öffentlichkeit deutlich gesagt, man möge die Muslime nicht über einen Kamm scheren. Das alles, denke ich, sind sehr deutliche Punkte, die darauf hindeuten, dass der Zentralrat eben Brücken baut in die anderen nichtjüdischen gesellschaftlichen Gruppen, für gemeinsame Allianzen im Kampf für die Minderheitenrechte und für den Schutz von Minderheiten.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt sagen und dann bin ich fertig. Ich hoffe, innerhalb der fünf Minuten. Ich halte es für eine unzulässige Verkürzung, so sehr mir Israel und der Nahost-Konflikt am Herzen liegt oder besser gesagt unser Tagesgeschehen bestimmt, die Frage der Bekämpfung des Antisemitismus ausschließlich oder hauptsächlich nur auf die Frage der Bekämpfung des Nahost-Konfliktes zu konzentrieren. Ich will jetzt nicht soweit gehen, dies als ein antisemitisches Argument zu interpretieren, was man sicherlich tun könnte. Ich denke, es ist eine unzulässige Verkürzung der Problemanalyse und führt dazu, dass man sich allzu schnell in eine Position begibt. Man sagt: Wäre das Problem Israel-Palästina gelöst, so wäre auch der Antisemitismus getilgt. Ich meine, dass das nicht der Fall ist, haben uns die letzten tausend über tausend Jahre gezeigt, in denen der Antisemitismus immer sein Dasein gefristet hat, mit zwei verschiedenen Fratzen; aber er war immer da und es ist kein neuer Antisemitismus. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön, Herr Kramer. Herr Schroeder.

Ralf Schroeder („Die Jüdische“, Berlin): Zwei kurze Vorbemerkungen, bevor ich zu ein, zwei Fragen komme. Zum einen zu dem, was Herr Rensmann dankenswerter Weise angesprochen hat: Es geht in dieser Gesellschaft darum, Diskursgrenzen zu setzen. Was ist sagbar, was ist diskutabel? Insofern möchte ich schon sagen, dass ich etwas befremdet bin, dass eine Position, wie sie von Herrn Prof. Grosser geäußert wurde, tatsächlich, ernsthaft und relevant in diesem hohen Haus diskutiert wird. Zweitens: Wenn wir von Antisemitismus reden, insbesondere im Rahmen der OSZE-Konferenz, denke ich, sollten wir nicht im Allgemeinen verbleiben, sondern die Probleme direkt vor unserer Haustür deutlich benennen. Ich möchte noch einmal auf ein oder zwei Punkte eingehen, und da eben nicht die Sachverständigen fragen, sondern insbesondere die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Im Februar 2004 traf sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Hisbollah in Beirut. Herr Außenminister Fischer sagte auf der abschließenden Pressekonferenz der OSZE dankenswerter Weise sehr deutlich, dies sei ein Fehler gewesen und dürfe sich nicht wiederholen. Trotzdem findet dies seine Fortsetzung. Vor 14 Tagen wurde die Hamas von der Friedrich-Ebert-Stiftung als „sozial engagierte NGO“ bezeichnet.

Im staatlich finanzierten Potsdamer Einsteinforum durfte Tarik Ramadan, der aus guten Gründen in Amerika Einreiseverbot hat, weil er ein bekannter Islamist ist, dort reden.

Frage 1. Mit wem hält die deutsche Delegation den kritischen Dialog für sinnvoll? Mit eliminatorischen Judenhassern? Oder gibt es Grenzen des Erträglichen? Wie sind diese Grenzen definiert?

Weiterhin wurde auf die öffentliche Hinrichtung van Goghs und die brutale Erschießung eines orthodoxen Juden in Belgien, dieser letzte Fall ist kaum durch die Medien gegangen, vor allen Dingen mit der Warnung vor Islamophobie und einer Feiertagsdebatte reagiert. Auch hier in Berlin, z. B. in Kreuzberg und Neukölln gibt es wiederholt militante Übergriffe auf jüdische Menschen, u. a. ausgehend von einer gewalttätigen Jugendgruppe, die sich in einem staatlich finanzierten Jugendclub trotz öffentlicher Kritik, geschützt zusammenfinden und agieren kann.

Frage 2. Wie wird sich die deutsche Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE konkret dafür einsetzen, dass die Juden in Anbetracht dieser deutschen und europäischen Zustände nicht in Angst und Ohnmacht leben müssen und dass nicht die falschen Signale gesendet werden?

Abschließend: Der militante Antisemitismus findet seine mediale Entsprechung. Im Deutschlandradio bezeichnet jemand die Übernahme von SAT 1 durch Haim Saban als Holocaust-Industrie. Die jüdische Medienmacht würde für pro-israelische Propaganda ausgenutzt. Der Kommentator heißt Ludwig Watzal und ist Mitarbeiter der Bundeszentrale für Politische Bildung. Ein Nah-Ostexperte verkündet u. a. im Berliner Kulturradio, Israel trage am Juden mordenden Terror und Antisemitismus die Hauptverantwortung. Sein Name ist Udo Steinbach, Hamburger Orientinstitut, finanziert u. a. vom deutschen Außenministerium.

Frage 3. Also: Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Fälle Watzal und Steinbach dazu führen, dass in staatlichen oder staatlich alimentierten Institutionen Antisemiten keinen Platz haben? Ich möchte darauf hinweisen, die Politik ist eben gefragt, nicht im Rhetorischen zu verbleiben, sondern hier konkret und deutlich Signale zu setzen. Claudia Roth wurde von Jörg Rensmann bereits vor einem halben Jahr über den Fall Steinbach ausführlich informiert und versprach Klärung. Die Frage ist: Was ist geklärt?

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Wir wollen an diesem Punkt die weitere Rednerliste zwar nicht durchbrechen, Sie werden aber auf jeden Fall zu Ihrem Recht kommen, auch Antworten auf Ihre Fragen zu hören. Ich würde vorschlagen, wir sammeln erst einmal weitere Fragen. Wir kommen jetzt zu Herrn Dzialowski und dann zu Frau Roth.

Abraham Haim Dzialowski (Initiative 9. November 38, Frankfurt am Main): Sehr geehrter Herr Prof. Gert Weisskirchen, sehr geehrtes Podium, sehr geehrte Anwesenheit, seit dem Abschluss der OSZE-Konferenz vom 28. und 29. April ist viel Besorgnis Erregendes geschehen. Erst vor wenigen Tagen wurde, wie gerade eben erwähnt, ein orthodoxer Jude in Antwerpen durch einen Kopfschuss ermordet. Es besteht der harte Verdacht, dass es sich um ein politisches oder antisemitisches Tatmotiv handelt. Im Juni dieses Jahres wurde ein anderer Jude in Antwerpen durch Messerstiche schwer verletzt. Über die Ereignisse in Frankreich, wo jüdische Gebetshäuser, Friedhöfe und Juden allgemein bekanntermaßen wiederholt angegriffen worden sind, soll hier nicht detailliert eingegangen werden. In Deutschland vereinen sich zwei rechte Fronten mit der NPD und der DVU auf der einen Seite und den Republikanern und den ihr Gleichgesonnenen auf der anderen Seite. In den Landtag sind sie bereits eingezogen. Die Chancen auf einen Einzug in den Bundestag stehen gut. Fast wöchentlich finden in deutschen Städten Demonstrationen von rechten Gruppen statt. In wenigen Monaten wollen sie sogar durch das Brandenburger Tor in der Nähe des Holocaust-Mahnmal marschieren. Die Frankfurter Buchmesse wurde von einem bekannten Holocaust-Leugner Mohammed Salmawi, ein Redakteur der Ägyptischen Zeitung Alahram an der Seite

von Bundeskanzler Schröder eröffnet. Auf der Messe wurden zahlreiche antisemitische Hetzschriften zur Schau gestellt und zum Verkauf angeboten. Unmittelbar vor dem Eingang der Buchmesse wurden Nazischriften verkauft. Selbst heute, wo all dies ausreichend mit Bildern und Dokumenten nachgewiesen ist, weigert man sich, Verantwortung für diese Geschehnisse zu übernehmen. Erstaunlicherweise wurden Internetdokumentationen des Auswärtigen Amtes zur OSZE-Konferenz kurz nach Abschluss der Konferenz aus dem Internet gelöscht. Dies geschah innerhalb von 48 Stunden nach dem Beginn einer wohl dokumentierten Kampagne von Antisemiten und einschlägigen Israelkritikern. Am vergangenen Wochenende wurde bekannt, dass der TV-Sender Al-Manar nach Entscheidung der französischen Medienbehörden sein Hassprogramm in ganz Europa ausstrahlen darf. Al-Manar wird von der Hisbollah betrieben, die auf dem amerikanischen Index für Terrororganisationen steht. Im April dieses Jahres forderte Honestly Concerned mit den anderen NGOs von den OSZE-Mitgliedsstaaten, Antisemitismus in jeder Erscheinungsform zu verurteilen. Regierungen sollten antisemitische TV-Sendungen, Internetseiten und dergleichen verbieten, so wie sie mit Erfolg gegen harte Pornographie im Fernsehen und gegen pädophile Bilder im Internet vorgehen. Vorurteile sind aktiv durch Aufklärung der Erziehung zu bekämpfen sowie Hetze und Antisemitismus im Internet, TV, Satellitenübertragung etc. aus dem Ausland zu unterbinden. Der Dialog mit moderaten und aufklärenden islamischen Gruppen ist zu fördern und zu unterstützen. Antisemitische Vorfälle in OSZE-Mitgliedsstaaten sind einheitlich zu beobachten und zu registrieren, um aktive Gegenmaßnahmen durchsetzen zu können. Organisationen und Einrichtungen, die antisemitisches Gedankengut verbreiten, sind zu verbieten. Es darf nicht zugelassen werden, dass in Agitationskampagnen das Existenzrecht Israels in Frage gestellt und im Nah-Ostkonflikt zur Hetze ausgenutzt wird. In diesem Zusammenhang möchten wir erneut auf die von Nathan Scharansky auf der OSZE-Konferenz beschriebenen drei D-Kriterien zur Definition von Antisemitismus hinweisen. Er sagte, dass der Antisemitismus immer an der Dämonisierung von Juden zu erkennen war, an dem Doppelstandard, mit den Juden gemessen wurden und der Delegitimierung von Juden. Zu Recht stellt er fest, dass der Antisemitismus heute oft im Deckmäntelchen antiisraelischer Kritik auftritt und sich so mit Hilfe dieser drei D-Kriterien von legitimer Israelkritik klar unterscheiden lässt. Wird Israel dämonisiert? Mit doppeltem Maßstab gemessen? Oder stereotyp delegitimiert? Dann ist es keine politische Kritik, sondern Antisemitismus, der sich politically correct gebärden will. Für Terrorismus oder Antisemitismus kann es keinen rechtfertigenden Anlass geben. Eine Argumentation, die mit einem angeblichen oder tatsächlichen Fehlverhalten Israels antisemitische oder terroristische Akte zu erklären versucht, verwischt bewusst oder unbewusst diese Grenzen. Anschläge moslemischer Täter gegen Juden oder jüdische Einrichtungen in Europa können ebenso wenig als Ausdruck ethno-religiöser Solidarität mit den moslemisch-arabischen Palästinensern erklärt werden.

Islamischer Antisemitismus in Europa öffnet häufig ein Einfallstor für den europäischen sekundären Antisemitismus. Dieser dient der Erinnerungsabwehr nach Auschwitz und geriert sich in der Form vielfach antizionistisch. Diesen Gefahrenaspekt nimmt die Politik in Europa noch nicht in angemessener Weise in ihre Abwehrstrategien auf. In einem offenen Brief wurde Kritik an dem heutigen Podium geäußert. Den Brief haben wir mitgebracht und auch in Kopie vorne ausgelegt. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, weil es mich ehrlich gesagt freut, dass das Podium zum Schluss etwas anders ausgefallen ist. Dennoch muss ich auch die Einladung von Herrn Grosser in Frage stellen, denn tatsächlich gehört er normaler Weise nicht auf dieses Podium mit dieser Diskussionsrunde. Herzlichen Dank.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Darf ich wenigstens noch zu einem Punkt etwas erläutern, weil das jetzt zweimal angesprochen wurde. Die Fraktionen haben ein Vorschlagsrecht, Experten zu benennen, was für jede Fraktion autonom ist. Sie kann in diesem Fall aus ihrer eigenen Befugnis heraus einen oder zwei Experten vorschlagen.

Niemand hat bei uns im Parlament das Recht, das zu kritisieren. Sie haben das Recht, zu kritisieren. Kein Zweifel. Aber niemand hat bei uns im Parlament das Recht, das zu kritisieren, dass die Fraktionen Experten auswählen. Das gehört zum parlamentarischen Prozess und ich wollte noch einmal Bezug nehmend auf meine Eingangsbemerkung, was die Zusammensetzung der Experten anbetrifft, sagen, dass das Parlament eine plurale Veranstaltung ist, und Herr Grosser ist von einer Fraktion des Deutschen Bundestages als Experte vorgeschlagen worden, wenn ich mich recht erinnere; aber das sollte diejenige sagen oder derjenige selbst sagen, der ganz besonders und verstärkt die Einladung von Herrn Professor Alfred Grosser befürwortet hat. Ich darf für mich selber sagen, dass ich darum gebeten habe, Herrn Brumlik und Frau Wetzel bzw. jemand aus ihrem Zentrum für Antisemitismusforschung als Experte einzuladen. Das Zentrum hat sich auf Frau Dr. Wetzel als Expertin geeinigt. Frau Claudia Roth hat das Wort.

Abg. Claudia Roth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schroeder, ich bedauere ein bisschen den Stil der Debatte hier. Wir zeichnen uns doch dadurch aus, dass wir auch in dieser Frage kontrovers diskutieren können und müssen. Jetzt kann Ihnen die Position von Alfred Grosser gefallen oder nicht, aber ich finde es notwendig, dass wir uns mit solchen Fragestellungen in einer Demokratie auch kontrovers auseinandersetzen. Ihn als Kronzeugen zu bezeichnen mit einer Unterstellung, dass damit wieder irgendetwas versucht wird, das finde ich nicht akzeptabel. Es tut mir herzlich leid. Dann setzen wir uns lieber mit seinen Positionen auseinander, fragen nach; aber alles andere finde ich unangemessen in diesem Raum. Und ich glaube, Herr Kramer, wenn ich Sie richtig deute, haben Sie die gleiche Meinung. Das finde ich inakzeptabel, dass hier von außen gesagt wird, bestimmte Leute haben auf so einem Podium nichts zu suchen und dass dann die Person von Grosser benannt wird.

Ich würde gerne nachfragen, was Herr Kramer bereits angesprochen hat, vielleicht können Sie, Herr Rensmann, antworten. Welche Brücken sozusagen von jüdischen Gruppierungen zu religiösen Gruppierungen der Moslems gibt es denn in der Tat in der Bundesrepublik Deutschland? Ich weiß, dass es auf der Seite der islamischen Gruppen Repräsentanzprobleme gibt, was wahrscheinlich für einen zivilgesellschaftlichen Diskurs sehr schwierig ist, was auch für die Politik sehr schwierig ist. Und ich teile folgende Meinung von Frau Dr. Wetzel: Sie sagt, Antisemitismus ist nicht das Problem der Juden und Antiislamismus ist auch nicht das Problem der Moslems. Aber dennoch braucht es doch den verstärkten Dialog in unserer Gesellschaft. Ich mache mir sehr große Sorgen über das, was im Moment passiert. Da teile ich Ihre Meinung überhaupt nicht, Herr Schroeder. Ich war gestern in Köln bei einer großen Demonstration, und was ich da an Ängsten, an Marginalisierung, an Angst - sozusagen ein bestimmter Glaube ist weniger Wert als ein anderer - erlebt habe bei den Menschen, die seit 40 Jahren hier in unserem Land leben, bereitet mir Sorgen gerade im Hinblick auf eine politische Kultur in unserem Land. Und deswegen finde ich die Frage berechtigt: Gibt es denn da auch Bereitschaft, sozusagen die Brücke, von der Herr Kramer gesprochen hat, und was ich wirklich von Herrn Bubis und von anderen weiß, wie sich darum bemüht worden ist. Gibt es da tatsächlich eine verhandelnde Brücke?

Ich habe drei Rückfragen: Zum einen an das BMI. Jetzt ist Herr Steig nicht mehr da, also an Herrn Werner. In welchem Verhältnis entwickeln sich denn in der Bundesrepublik Deutschland fremdenfeindliche Straftaten und antisemitische Straftaten? Können Sie dazu etwas sagen? Und welche neuen Erkenntnisse gibt es bei Ihnen über den Antisemitismus rechtsradikaler und neonazistischer Gruppen? Da stimme ich mit dem überein, was Sie gerade gesagt haben, auch aus meiner Sicht gibt eine neue sehr gefährliche Qualität von Bündnisstrategien im rechtsextremen Spektrum zum einen NPD, DVU, aber auch das Einbeziehen von offenen militanten so genannten freien Kameradschaften in die NPD, in den Vorstand. Das ist eine neue Qualität. Also, was gibt es da an neuen Erkenntnissen? Und Antisemitismus unter islamistischen Moslems. Welche Erkenntnisse gibt es da? Gibt es

Berührungspunkte in diesem Bereich? Und welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten gibt es bei den Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus mit rechtsradikal extremem Hintergrund einerseits und Antisemitismus mit islamitischem Hintergrund andererseits.

Und meine Frage ist, die vielleicht Frau Wetzel beantworten kann: Sie haben es schon angesprochen, aber vielleicht könnten Sie das noch ein bisschen stärker ausführen. Es sind ja große und wichtige Konferenzen durchgeführt worden. Das war die Berliner Konferenz. Es gab Konferenzen und Debatten im Rahmen der Europäischen Union, im Rahmen der Vereinten Nationen. Was ist denn tatsächlich die Auswirkung? Kann man das jetzt schon sagen? Ist es seriös zu sagen, es gibt eine positive Auswirkung dieser Konferenzen oder auch so einer kontroversen Debatte, wie wir sie hier führen? Ich bestehe auf „kontrovers“ zum Antisemitismus. Also, kann man davon etwas ableiten? Dankeschön.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön, Frau Roth. Jetzt kommt Frau Pfeiffer. Und anschließend Herr Engländer.

Abg. Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Kollege Weisskirchen. Um es vorweg zu sagen, Alfred Grosser war ein Vorschlag von uns, von der CDU/CDU-Fraktion. Wir hatten aber auch Avi Primor vorgeschlagen. Und ich schließe mich ganz dem an, was Frau Roth gesagt hat. Herr Schroeder, das ist genau das, was ich denke. So, wie Sie reagieren, möchte ich es eigentlich nicht. Ich möchte, dass wir uns sehr wohl hinsetzen können und kontrovers diskutieren können. Jeder von uns kann sagen, Ihre Ansicht gefällt mir nicht, Ihre Ansicht gefällt mir nicht und da gibt es für mich diese oder jene Argumentation dafür oder dagegen. Wenn wir alle Diskussionen so führen - und leider auch Herr Stawski, ich darf Sie da ein bisschen mit einbeziehen, wir zwei haben schon auf diversen Podien zusammen gesessen, dann führt dies nur zu Polarisierungen. Ich möchte es jetzt nicht polemisieren, aber Sie haben angefangen mit Ihrer Rede und haben gesagt, in Antwerpen ist ein Jude umgebracht worden. Schlimm genug, dass überhaupt jemand umgebracht worden ist. Aber, wenn wir immer gucken, wer bringt wen um und fragen überhaupt nicht, warum, wieso, weshalb, wie im Falle van Gogh, wo wir genau wissen, wie die Tat motiviert war, dann halte ich das für ganz schwierig, dort etwas abzuleiten, was unter Umständen gar nicht abzuleiten ist. Und wenn wir eine Expertenanhörung haben, die unter diesen drei Gesichtspunkten steht, dann glaube ich, ist es mehr als legitim, dass wir uns auch kontrovers mit diesen Punkten auseinandersetzen. Und ich finde es noch viel wichtiger in dem Zusammenhang, dass wir uns gerade bei einer Expertenanhörung kontroverse Meinungen anhören, und dass ich sie anschließend vielleicht für mich als nicht akzeptabel feststelle. Aber allgemein zu sagen, der gehört nicht hin, der gehört nicht hin, der gehört da nicht hin, finde ich leider etwas falsch in dem Zusammenhang. Genauso falsch finde ich, per se zu sagen, alles was links ist, wie im Falle Attac, oder was moslemisch ist oder alles was rechts ist, ist auch automatisch Antisemitismus. Auch das, glaube ich, können wir so nicht behaupten. Es wäre falsch, es so zu behaupten, weil wir in dem Moment etwas verallgemeinern, wo wir uns gerade jetzt, wo wir die Probleme in den Niederlanden uns ansehen, davor hüten sollten, genau das zu tun, was wir nämlich dann leicht tun, nämlich zu polarisieren. Und deshalb, glaube ich, ist es wichtig, dass ein Alfred Grosser hier sitzt und auch seine Meinung sagen durfte, ohne dass da irgendjemand für kritisiert wird, dass er da sitzt.

Lassen Sie mich noch ganz kurz eine Frage stellen: Ich glaube, Prof. Klug wäre derjenige, der mir vielleicht ein bisschen aus der Bredouille helfen könnte. Wir alle wissen von den segensreichen Einrichtungen der Medien, der Pressefreiheit und ähnliches. Und wir wissen, dass gerade auch auf dem Feld des Antisemitismus die Medien unter Umständen diejenigen sind, die mit dem Finger auf die Wunde deuten und ab und zu auch Antisemitismus ächten und schänden und sagen, da ist etwas passiert, dort ist etwas passiert mit den entsprechenden Folgen. Wir finden in den gleichen Medien aber auch Antisemitismus in Form von bewusst oder unbewusst falsch formulierten Überschriften, in Form von Karikaturen, in Form von

Inhalten, die bewusst oder unbewusst sehr wohl Antisemitismus beinhalten. Jetzt ist es für meine Begriffe eine Quadratur des Kreises: Wie kommen wir da eigentlich raus? Who is blaming who? Und wenn ja, warum? Vielleicht können Sie mir da ein bisschen weiterhelfen.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Herr Engländer ist der nächste und dann kommt Herr Faber.

Leoor Engländer („Honestly concerned“, Frankfurt/Main):

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrtes Podium. Ich bedanke mich für die Einladung. Zunächst finde ich es schade, dass wir in einer so wichtigen Runde noch darüber diskutieren, wie wir zu diskutieren haben, anstatt das Thema konkret anzupacken. Jetzt ist Herr Steig leider gegangen, insofern geht meine Frage an Herrn Werner und in dem Zusammenhang auch an Herrn Rensmann. Herr Steig ist darauf eingegangen, welche Maßnahmen getroffen werden gegen Antisemitismus. Da hören wir vor allem etwas von Maßnahmen gegen politisch motivierte und antisemitische Straftaten aus dem rechtsextremistischen Umfeld. Jetzt sehen wir und es kommt mir in den letzten Tagen sehr deutlich vor, dass man ein anderes großes Problem anscheinend sich nicht traut zu benennen und darüber zu sprechen. Und genau dieser Bereich kommt auch nicht in den Maßnahmen vor. Nämlich das große Problem des islamistischen Antisemitismus, der sich immer mehr hier auf den Straßen ausbreitet. Herr Steig hat Zahlen genannt von 5 bis 35 und ich möchte nicht wissen, wie diese Zahl steigt, wenn man die islamistischen Taten mit dazu nimmt. Insofern sehe ich, dass wir an zwei großen Punkten die Hausaufgaben nicht gemacht wurden. Der erste Punkt, der vorne weg geht, wurde auch schon öfter benannt, nämlich die Definition des Antisemitismus, die anscheinend immer noch nicht da ist, die wir immer noch nicht greifen können. Und danach ein Punkt, der daraus folgt, der aber jetzt schon auf der Tagesordnung steht, nämlich die Definition des islamistischen Antisemitismus. Das eine geht nicht ohne das andere. Aber wir haben vergessen, bzw. jemand hat vergessen, die Hausaufgaben zu machen. Insofern habe ich eine Frage an die Bundesregierung. Ich weiß, von der CDU/CSU-Fraktion gibt es mittlerweile einen Antrag zur Bekämpfung des politischen Antisemitismus. Wann ist die Bundesregierung bereit, das Thema islamistischer Antisemitismus aufzugreifen, es konkret zu benennen und auch zu handeln? Herr Rensmann, vielleicht können Sie noch ein paar praktische bzw. alltägliche Beispiele aus diesem Feld geben. Und im Anschluss vielleicht noch eine Frage an Frau Dr. Wetzel. Inwiefern befasst sich Ihr Institut mittlerweile mit dieser Frage? Ich weiß von Herrn Prof. Benz, dass man sich seit einer Weile nicht sehr damit befasst hat, sondern mehr die Seite des rechtsextremistischen Antisemitismus untersucht hat. Wieweit sind Sie da mittlerweile? Herzlichen Dank.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön. Herr Faber und es folgt dann anschließend Herr Reinfrank.

Klaus Faber (Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Potsdam): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ein Teil der hier Anwesenden hat ja auch vor etwas mehr als einem Jahr an der Debatte zum Thema „Antisemitismus, deutsche Medien und Nahostkonflikt“, die in diesem Saal unter meiner Leitung stattfand, teilgenommen. Wir haben einige Themen damals behandelt, die heute wieder auftauchen. Das ist sicher kein Zufall. Ich habe zwei Fragen. Die erste Frage richtet sich sowohl an die Bundesregierung als auch an die hier anwesenden Abgeordneten. Ich knüpfe an die Ausführungen von Herrn Steig an, der von der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung gesprochen hat. Ich verstehe das so, sicherlich auch mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes, dass diese Politik eine Seite hat, die sich nach innen, und eine andere, die sich nach außen richtet, und in diese beiden Richtungen will ich auch meine Frage stellen. Was macht die deutsche Politik aus parlamentarischer Sicht und aus

Sicht der Regierung, was die Handlungsoptionen anbelangt? Was macht die deutsche Politik, um den von Herrn Rensmann und von Frau Wetzel beschriebenen Zusammenhang zwischen islamischem Antisemitismus in Nahost und in Europa aufzunehmen und aktiv zu handeln? Ich will das nicht wiederholen, was Herr Rensmann und Frau Wetzel bereits an Problematischem über die Protokolle der Weisen von Zion berichtet haben, die ja in immer höheren Auflagen auf arabisch und in anderen Sprachen in Europa verbreitet werden. Ich will an die ägyptische Fernsehserie „Reiter ohne Pferd“ erinnern, in der das Thema der Protokolle der Weisen von Zion verbreitet und die in fast allen arabischen Ländern und auch in nicht-arabischsprachigen nahöstlichen Ländern gesendet wurde. Ich erwähne noch einmal Al-Manar. Al-Manar wird von 2,5 Millionen Franzosen in Frankreich gesehen und kann dort per Satellit empfangen werden. Das ist bei uns vielleicht nicht so relevant, weil die Sendungen arabischsprachig sind. Es gibt aber auch in Deutschland Zeitungen wie die türkischsprachige Zeitung „Vakit“, die antisemitische Schlagzeilen verbreitet. Was geschieht dort nach innen und nach außen? Und was macht vor allem die Bundesregierung z. B. gegenüber Syrien, der Protektormacht im Libanon und auch der Protektormacht gegenüber der Hisbollah, die den Fernsehsender Al-Manar betreibt? Was geschieht dort bei Wirtschaftsverhandlungen und bei EU-Verhandlungen? Was geschieht gegenüber Ägypten? Wie verhält man sich gegenüber der palästinensischen Autonomiebehörde? Kann man da nicht die Bedingung stellen, dass Wirtschaftshilfe und andere Hilfen nur geleistet werden, wenn Palästina und andere Länder sich verpflichten, Antisemitismus nicht zu verbreiten oder zuzulassen? Ich erwähne als letzten Punkt die Fernsehserie des Hisbollah-Senders mit dem Titel „Al Shatat“ (die Diaspora). Dort werden Serien zum Diaspora-Leben der Juden verbreitet, auch Szenen, in denen ein christliches Kind von Juden geschlachtet wird, um das Blut des Kindes für das Pessach-Fest zu benutzen. Das wird im gesamten arabischsprachigen Raum verbreitet und kann auch in Europa empfangen werden. Was macht hier die Politik? Ich richte die Frage an die Parlamentarier und an die Regierung.

Die letzte Frage bezieht sich auf einen anderen Punkt, auf eine Meldung der Associated Press von gestern. Danach machte der niederländische OSZE-Vertreter die Ereignisse im Nahen Osten mitverantwortlich für die derzeitige Lage in Europa. Die vom israelisch-palästinensischen Konflikt ausgelöste Immigrationswelle nach Europa könnte sich seiner Meinung nach zum größten Sicherheitsrisiko für den Kontinent entwickeln. Was sagt die Bundesregierung dazu? Was sagen die OSZE-Parlamentarier zu derartigen öffentlichen Erklärungen? Vielen Dank.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Danke. Wir hören jetzt Herrn Reinfrank und anschließend Frau Kahane.

Timo Reinfrank (Amadeu Antonio Stiftung, Berlin):

Ich wollte noch einmal kurz auf die Frage zwei zurückkommen, die Sie gestellt hatten in der Einladung. Wir haben als Amadeu Antonio Stiftung eine Ausstellung gemacht zum aktuellen Antisemitismus in Deutschland und Europa, die in Wurzen gezeigt wird. Ungefähr eine Woche früher gab es einen Sprengstoffanschlag auf unseren lokalen Partner, das Zentrum für demokratische Kultur, in Wurzen. Ich will jetzt nicht einen automatischen Zusammenhang herstellen, aber es passt in das Muster, das wir erleben, wenn wir mit dieser Ausstellung in Schulen gehen und Schulprojektstage machen. Es gibt eine ganz aggressive Form der Abwehr-Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. Es wird häufig nur noch im Zusammenhang mit Israel erörtert. Ich glaube, wenn man jetzt die Umsetzung der Berliner Erklärung in Deutschland betrachtet, muss man berücksichtigen, dass es neue Formen des Antisemitismus gibt, nämlich dass Antisemitismus ganz häufig im Kontext von Israel diskutiert wird und dass er in Ostdeutschland immer noch im Kontext des Rechtsextremismus sehr militante Formen annehmen kann. Und ich glaube, das hat Frau Wetzel hier auch deutlich gemacht hat, dass es eine neue Qualität ist. Im Hinblick darauf finde ich die Reaktion vom

Bundesinnenministerium nicht überzeugend, wenn es sagt wir tun dies und das, es gibt die Programme und es gibt die Kriterien ohne auf die neue Qualität des Antisemitismus einzugehen. Und ich glaube, das haben wir bereits vor der OSZE-Konferenz gemacht. Die OSZE-Konferenz, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, bedeutet auch einen Einschnitt. Dennoch müssen wir auch nach der OSZE-Konferenz neu nachdenken. Die Bundesprogramme, die gegen alles helfen sollen, sind Modellprojekte, über die der Bundesrechnungshof wacht. Das heißt, wenn ein lokaler Präventionsrat eine Veranstaltung zum Thema „Antisemitismus“ gemacht hat, kann kein anderer lokaler Präventionsrat das mehr machen, weil es dann kein Modellprojekt mehr ist. Modellprojekte heißt, die Sachen werden einmal modellhaft ausprobiert. Die Projekte können natürlich übertragen werden, aber es gibt dann keinerlei Gelder mehr. Das ist nicht nur ein Problem der Bundesregierung, sondern es ist auch der Länder, die Kommunen und der Kultusministerkonferenz. Es muss eine Hauptaufgabe sein, zu klären, wie man sich mit Antisemitismus auf allen Ebenen auseinandersetzt. Und das ist eben nicht nur eine Frage der auswärtigen Politik. Ich glaube, auch in dieser Dimension müssen wir neu diskutieren. Daneben gibt auch noch den Antisemitismus in Form der Verschwörungstheorien. Ich glaube, auch darauf gibt es noch keine angemessenen Reaktionen. Holocaust-Education ist natürlich angemessen. Man kann die Auseinandersetzung mit dem Holocaust aber nicht damit überfrachten, dass auch noch neue Formen von Verschwörungstheorien und Antisemitismus im Kontext von Antiamerikanismus einbezogen werden. Ich glaube, da muss noch viel passieren. Wenn aber eher darüber diskutiert wird, ob das Zentrum für Antisemitismusforschung seine Professur behalten darf oder nicht, finde ich das wirklich ganz skandalös. Ich fände es gut, wenn es eine andere Form der Zusammenarbeit gibt, und wenn man sich auch überlegt, ob man in irgendeiner Art und Weise diese OSZE-Konferenz in Form eines nationalen Aktionsplans umsetzen könnte, was eben auch nachhaltigen Erfolg haben könnte. Ich glaube, da haben die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland auch ein großes Interesse daran.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön, Herr Reinfrank. Frau Kahane und dann der Kollege Grindel.

Anetta Kahane (Amadeu Antonio Stiftung, Berlin): Ja. Es haben schon so viele gesagt, was ich auch sagen wollte. Ich denke mal, Herr Reinfrank meinte, es sei skandalös, dass überhaupt thematisiert werde, eine Professur abzuschaffen; nicht dass es ein Missverständnis gibt. Also, in der jetzigen Situation gibt es so Elemente von aufkeimendem Antisemitismus in allen möglichen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen, die sich alle für sich, so ist unser Eindruck, in der Praxis aufblasen; im Zusammenhang mit islamischen Ansichten, mit rechtsextremen Ansichten und mit vom „mainstream“ Meinungen lädt alles immer stärker antisemitisch auf. Und ich will bei der Gelegenheit auch noch einmal auf den 2. Dezember hinweisen. Dann wird der neue survey von Prof. Heitmeyer vorgestellt, der auch Antisemitismus im Israel bezogenen Kontext untersucht und dessen Ergebnisse ziemlich erschütternd sind. Ich bin sehr, sehr dankbar, dass er diesmal den Israel-Kontext einbezogen hat, weil wir eben genau diese Zahlen brauchen. Noch eine Bemerkung zu der Frage der Allianzen, die sich da bilden. Ich sehe im Moment nicht so sehr viele Allianzen außer innerhalb der Rechtsextremen oder auch mal punktuell. Es gibt aber geistige Allianzen, die sich lose aneinanderketten, wie z.B. der „Muslimmarkt“ und die „Junge Freiheit“, die in gleicher antisemitischer Konnotation und auch Beschreibung über eine Reihe unserer Veranstaltungen berichtet haben. Es gab sozusagen eine wechselseitige Inspiration, fast bis zur Wortwahl. Und das ist schon sehr deutlich. Ich denke, dass der Antisemitismus und alles, was sich da entwickelt, auch wenn es ganz alte Formen sind, im Moment derartig in Bewegung geraten ist, dass ich mir gerne dieses Feld mit Praktikern, Wissenschaftlern und Politikern näher angucken würde, um Handlungsfelder zu identifizieren; denn darüber wissen wir nicht viel. Wir wissen vieles, was Herr Reinfrank eben auch angesprochen hat, was eben

nicht für alles hilft, also dass Holocaust-Erziehung nicht gegen Israelfeindlichkeit hilft, dass politische Bildung eben nicht bei Schulentwicklung hilft, dass Erwachsenenbildung nicht bei der Entwicklung von kommunalem Verständnis hilft, dass Antisemitismus geächtet gehört. Und deswegen wäre es sozusagen meine Bitte, Leute aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis zusammenzubringen und zu versuchen, genauer zu beschreiben, welches Verwaltungshandeln entlang des Möglichen und insbesondere Notwendigen erforderlich ist. Und meiner Meinung nach ist der Bedarf so groß, wie schon lange nicht mehr, obwohl es sich schon lange angebahnt hat. Also, ich denke, dass die Bundesprogramme ein ganz guter Anfang sind und dass sich auch innerhalb der Bundesprogramme gezeigt hat, wo sozusagen Ansatzflächen sind für Praxis. Dennoch sind die Bundesprogramme für dieses große gesellschaftspolitische Thema nicht ausreichend, um es wirklich zu bekämpfen. CIVITAS und ENTIMON sind nicht die richtige Antwort.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Jetzt kommt Herr Grindel. Es gibt dann noch zwei Wortmeldungen. Ich möchte darauf hinweisen, dass Herr Zimmermann aus dem Auswärtigen Amt noch etwa 15 Minuten Zeit hat. Ich würde dann dazu raten, nach Herrn Grindel Herrn Zimmermann das Wort zu geben, wenn Sie gestatten. Sie kommen dann anschließend dran.

Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Auf einen Punkt will ich noch einmal besonders eingehen. Ich bin dankbar dafür, dass die unterschiedlichen Gründe und Facetten für Antisemitismus hier deutlich benannt worden sind. Denn Sie wissen, dass der Deutsche Bundestag eine Debatte und eine gemeinsame Erklärung zum Antisemitismus vor der OSZE-Konferenz verabschiedet hat. Ich war damals Berichterstatter für die CDU/CSU-Fraktion und ich darf Ihnen sagen, dass deutliche Hinweise in diese Erklärung mit aufzunehmen, dass es auch von Immigranten ausgeübten Antisemitismus gibt, nicht so einfach war. Ich habe den Eindruck, dass hier die Bereitschaft, alles zur Kenntnis zu nehmen, was es in diesem Feld gibt, wächst. Und das ist sicherlich richtig so. Ich will nur eine Bemerkung machen, Frau Kollegin Roth, weil Sie das angesprochen haben in der Veranstaltung von gestern: Was mich auch bedrückt, ist, dass es gerade eine ganze Reihe von Organisationen gibt, die sich bewusst nicht an dieser Veranstaltung beteiligt haben. Und da müssen wir uns sicherlich auch fragen, was dahinter steckt, dass einige die sich nicht am Dialog, Austausch, Miteinanderleben und mehr Voneinander zu lernen beteiligen. Ich habe mich hier gemeldet, weil ich gerne auch vom Bundesinnenministerium genauer wissen möchte, wie stark eigentlich die Erkenntnislage ist. Was wissen wir eigentlich? Ich will einen Punkt ansprechen. Herr Steig hat hier den deutschen Pass als Integrationsmittel erwähnt. Dazu kann man viel sagen. Das will ich nicht tun. Nur, in unseren Statistiken tauchen natürlich zunehmend Straftäter deutscher Staatsangehörigkeit auf, was man gemeinhin als Reflexrechtsextremismus betrachten könnte, aber wir verkennen, dass es eben viele Immigranten gibt, die einen deutschen Pass haben, aber eben nicht integriert sind, sondern separiert leben. Deswegen wäre es interessant, ob sich das in den Statistiken niederschlägt. Können wir also aus der Statistik erfahren, woher der Tatverdächtige kommt, oder nehmen wir nur zur Kenntnis, dass er deutscher Staatsangehöriger ist? Erkennt man, ob es sozusagen „nur Deutsche“ oder Eingebürgerte sind? Das ist ja für die Frage, mit was für einem Phänomen - wird das stärker oder nicht - wir es hier zu tun haben, ganz wichtig. Ansonsten schließe ich mich auch der Frage von Frau Roth nach der derzeitigen Entwicklung an; die fand ich sehr gut. Wenn man die Berichte von Zeitungen in Berlin zur Kenntnis nimmt und Äußerungen von Herrn Senator Körting mal reflektieren darf, gewinnt man den Eindruck, dass antisemitische Übergriffe auf jüdische Mitbürger von Seiten der Immigranten stärker werden, und dass selbst die Polizei sich in bestimmte Viertel, um es mal lax auszudrücken, fast gar nicht mehr hineintraut, was einem jüdischen Mitbürger, der diese Viertel aufsuchen will, nicht gerade mit großer Sicherheit versieht. Da hätte ich ganz gerne mal gewusst, wie da die Erkenntnislage unserer Sicherheitsbehörden eigentlich ist.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Vielen Dank, Kollege Grindel. Zuerst hören wir jetzt Herrn Zimmermann. Sodann haben wir noch einmal vier Wortmeldungen aus der Gruppe der Diskussionsteilnehmer. Dann werden wir versuchen, den Experten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Vielleicht haben wir dazwischen noch für die eine oder andere Wortmeldung Zeit. Herr Dr. Zimmermann, bitte.

VLR Dr. Cornelius Zimmermann (Auswärtiges Amt): Herr Vorsitzender, vielen Dank. Vielen Dank auch für das Verständnis. Ich muss leider zu einem weiteren Termin. Ich möchte zu zwei Punkten, zu denen das Auswärtige Amt angesprochen wurde, Stellung nehmen. Der eine betrifft die Homepage des Auswärtigen Amtes, genauer gesagt den Teil, der zur Antisemitismuskonferenz ins Netz gestellt wurde. Ganz allgemein möchte ich vorweg stellen, dass wir auf diese Webseite im Wesentlichen Äußerungen, Reden, Interviews unseres Ministers sowie Dokumente zur deutschen Außenpolitik, Länderinformation etc. stellen. Deswegen ist auch die Rede unseres Ministers anlässlich der Konferenz und auch der Berliner Erklärung, über die wir heute sehr eingehend diskutieren, im Archiv dieser Homepage nach wie vor vorhanden. Die übrigen Konferenzdokumente sind auf der OSZE-Website eingestellt, denn es war ja die OSZE, die diese Konferenz ausgerichtet hat. Wir waren lediglich Gastgeber. Im Vorfeld der Konferenz haben wir zusätzliche Informationen über jüdisches Leben in Deutschland und auch über die Veranstalter ins Netz gesetzt. Diese Informationen haben wir nach der Konferenz wieder herausgenommen, da sie veralten und von der Internetredaktion des Auswärtigen Amtes nicht gepflegt werden können. Ich wollte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Sie fragten nach unserem Engagement in der Nahostpolitik. Ich will das nicht weiter ausführen, aber ich glaube es ist unbestritten, dass der Nahostkonflikt eine der Prioritäten der deutschen Außenpolitik ist. Ein großer Teil unserer Ressourcen und unseres Engagements fließen in diesen Konflikt und in die Entwicklung von Lösungsansätzen für diesen Konflikt. Sie haben in diesem Zusammenhang auch die Frage unserer Stellung zum Antisemitismus angesprochen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Bundesregierung diese Konferenz hier in Berlin als Gastgeber ausgerichtet hat. Und selbstverständlich war es eine Konferenz, die sich nicht nur mit dem historischen Antisemitismus, sondern mit dem gegenwärtigen Antisemitismus in all seinen Spielarten auseinandergesetzt hat. Ich erinnere, wir hatten 900 Experten auf dieser Konferenz. Jeder war aufgefordert, seine persönlichen Überzeugen, seine Erkenntnisse zu dieser Konferenz beizutragen. Sie sprachen als letztes noch eine Aussage des niederländischen Vorsitizes bei einem OSZE-Seminar an. Nun möchte ich darauf hinweisen, dass die Niederlande letztes Jahr den OSZE-Vorsitz hatten; dieses Jahr ist es Bulgarien. Sie erwähnten, dass das ganze in einer Pressetickermeldung reflektiert ist. Mir ist sie nicht bekannt. Mir ist auch eine entsprechende Äußerung nicht bekannt. Wir gehen dem natürlich nach. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass zu allen Fragen unseres Menschenrechtsengagements, auch in Nahostfragen, Ihnen auch die frühere Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik, Frau Roth zur Verfügung steht. Vielen Dank.

Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Darf ich noch einmal zurückfragen: Gibt es im Moment noch direkte Fragen an Herrn Zimmermann, da wir ihn dann jetzt für heute verabschieden? Herr Faber.

Klaus Faber (Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Potsdam): Herr Zimmermann, ich will direkt nachfragen zu dem Punkt, den ich auch als Frage an Sie gerichtet habe. Hat die Bundesregierung vor, in denjenigen Fällen, in denen staatliche Verantwortung für die Verbreitung von Antisemitismus feststellbar ist, irgendetwas zu tun, etwa bei Wirtschaftsverhandlungen? Es gibt das Kriterium von good governance bei der Entwicklungshilfe. Kann denn gute Regierungsarbeit vorliegen, wenn antisemitische

Agitation vom Staat selbst entweder betrieben oder geduldet wird? Müsste man da nicht zu Konsequenzen kommen? Und haben Sie vor, zu Konsequenzen zu kommen?

VLR Dr. Cornelius Zimmermann (AA): Vielen Dank. Ich bin nicht für die Nahostpolitik der Bundesregierung zuständig, sondern für die OSZE-Politik. Aber wie Ihnen Frau Roth mit Sicherheit bestätigen kann, gelten unsere Menschenrechte, wie Sie sagten, nach innen und außen, weltweit. Und entsprechend müssen wir auch konsequent handeln. Danke.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Jetzt hatte Herr Prof. Grosser sich zuerst gemeldet von den Experten.

Prof. Alfred Grosser (Prof. em., Institut d'Etudes Politiques, Paris, Frankreich): Ja, ich glaube, nachdem was gesagt worden ist, muss ich auch etwas sagen. Ich möchte zuerst Frau Pfeiffer danken, das gesagt zu haben, was eigentlich der Vorsitzende hätte sagen müssen. Und ich war schon recht unangenehm berührt, als Sie nach meiner Intervention gesagt haben, Sie distanzieren sich. Das ist nicht die Rolle eines Vorsitzenden. Dann ein paar persönliche Worte. Vielleicht wissen die jungen Leute hier nicht, wenn sie auch jüdischen Glaubens sind, dass die jüdischen Organisationen nach dem Krieg alles getan haben, damit nichts mit Deutschland geschehe. Ich war letztes Jahr zusammen mit meinem Freund Schäuble in seinem Wahlkreis. Nach dem Krieg, 1946/ 48, entstand dort ein Zentrum für ehemalige junge HJ – Führer, die selbst keine Verbrechen begangen haben. Ich wurde auch eingeladen, mit ihnen einen Tag zu verbringen. Es war etwas hart; denn, wenn man ihnen wenige Jahre davor den Befehl gegeben hätte, mich in die Gaskammer zu schieben, hätten sie mich geschoben, aber diese Aufklärungsarbeit schuldete man der Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik. In diesem Sinne der Mitverantwortung sind wir nach dem Krieg nach Deutschland gekommen, unter allen Vorwürfen aller jüdischen Organisationen auf der Welt. Die Freunde meines Vaters, die nach Amerika ausgewandert waren, schrieben mir, es sei skandalös, dass ich nach Deutschland gegangen sei. Das sei nur vorausgeschickt. Und deswegen fand ich, dass die Art, wie hier gesprochen wurde, gerade nicht dem entspricht, was wir als deutsche Demokratie haben wollten. Ich fühle mich zurückgeworfen in die Zeit der Berufsverbotsdiskussionen, als ich meine Friedenspreisrede gegen die Berufsverbote hielt und gesagt wurde, das sei doch so schlimm, so etwas zu sagen. Ich glaube, das Recht, mich in Deutschland einzumischen, das haben ich und meine Freunde nach 1945 erworben.

Nun, nur zwei, drei Bemerkungen. Die erste Bemerkung ist, wenn ich recht verstanden habe: nach einer hier getroffenen Aussage ist also nur Experte, der auf gleichen Seite steht. Das ist nicht mein Verständnis von einem Experten, denn ich glaube, man muss auch den anderen zuhören. Das Zuhören ist außerordentlich wesentlich, vor allen Dingen, wenn man andere begreifen will. Ich darf ein Beispiel geben. Ich hatte harte Auseinandersetzungen mit Frau Erika Steinbach und das fällt mir sehr leicht. Wenn sie sagt, die Polen haben auch gelitten, ist es eine Verniedlichung. Auf der anderen Seite habe ich das Recht, davon zu sprechen, denn bei meinem ersten Deutschlandbesuch vor 50 Jahren - tut mir leid, ich bin so alt - sprach ich schon von Vertreibung und von Nächten unter Bomben. Wir konnten von keinem jungen Deutschen verlangen, das Ausmaß der rassistischen Verbrechen zu verstehen, wenn wir nicht Verständnis für das zeigten, was er und seine Familie gelitten hatten. Das müsste eines Tages die israelische Regierung verstehen. Man kann von keinem Jungen in Gaza verlangen, dass er Verständnis für das immense Leiden hat, das durch die Attentate beigelegt wird, wenn nicht von israelischer Seite ein Minimum von Verständnis für das Leiden in Gaza gezeigt wird. Es wurde eben auch gesagt, man sollte kein Geld geben, damit Bücher mit antisemitischen Inhalten gedruckt werden. Damit bin ich völlig einverstanden. Damit muss dann aber auch verbunden werden, dass man bei der israelischen Regierung vorstellig wird, wenn die mit den vergebenen Geldern gekauften Bücher oder Computer in Ramallah oder woanders systematisch von der israelischen Armee zerstört werden. Systematisch wird alles kaputt

gemacht, was an Einrichtungen vorhanden ist, die von Geldern gebaut wurden, die von der Europäischen Union gegeben wurden. Daher muss man beides zugleich machen. Und wenn die Frage gestellt wird, warum ich harsch gegen die Politik der israelischen Regierung argumentiere, wo Ruanda doch viel schlimmer ist, sage ich eben gerade. Als Franzose fand ich die Situation in Algerien viel schlimmer als woanders, weil ich Franzose war. Mein jüdischer Ursprung macht, dass ich für Israel strenger zu sein habe als woanders. Das ist mit der Bundesrepublik genauso. Die Berufsverbote waren in meinen Augen ein Abweichen von der Linie der Bundesrepublik. Und die DDR, Frau Pau hört zu, die DDR war in meinen Augen systematisch schlecht und die Bundesrepublik war auf dem Weg, sich dahin zu begeben. Dasselbe galt für Algerien und Frankreich. Dasselbe gilt, wenn Israel Grundregeln verletzt, die mir persönlich wehtun gerade wegen meines Judentums. Das muss verstanden werden, und das ist das Wesentliche. Ich danke Ihnen.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön. Jetzt kommen Sie. Vielleicht haben Sie eine Rückfrage.

Herr Abraham Haim Dzialowski (Initiative 9. November 38, Frankfurt am Main): Ich wollte an sich Fragen stellen, aber Herr Prof. Grosser hat sie teilweise mindestens gestreift. Zuerst einmal Herr Prof. Grosser, es tut mir leid, ich habe zwar nicht diese Befugnisse, Ihnen das zu sagen, aber für mich ist es also völlig d'accord, wenn Sie Ihre Meinung egal in welche Richtung hier äußern, wir sind keine geschlossene Gesellschaft der Gestalt, die nur die Meinung akzeptiert, die wir gern hören möchten. Dennoch muss ich Sie fragen, wieso Sie z. B. der Frau Steinbach gegenüber von einer Verniedlichung sprechen, wenn sie die Ereignisse in Polen während des Krieges und den polnischen Leidensweg mit einbezieht und von diesem Ausdruck völlig abweichen, wenn Sie das aufgreifen, was sich seit langem im Nahen Osten abspielt. Israel ist ein Kandidat für eine Vernichtung. Das wissen Sie und wenn Sie es nicht wissen, frage ich Sie, wieso wissen Sie das eigentlich nicht. Wieso wissen das so viele Israelis, dass sie letzten Endes vernichtet, eliminiert werden sollen. Und Sie als Jude eliminieren diesen Gedanken in dem Sinne, dass Sie von ihm (dem Gedanken) gar nichts wissen wollen. Wieso gelingt Ihnen nicht die Analyse, die an sich erforderlich ist, um Israel gegenüber anders aufzutreten, als Sie das tun. Sie dürfen es. Ich frage nur nach diesem Wieso. Nach diesem Warum. Was oszilliert in Ihren Gedanken? Was hindert Sie daran, das zu denken, was an sich offensichtlich ist, nämlich der seit Jahren bestehende Eliminationsversuch gegenüber Israel. Wieso verschweigen Sie das? Das ist für mich eine zentrale Frage. Ich hätte noch viel mehr; aber ich belasse es erst einmal dabei.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Ich finde, weil Herr Grosser direkt angesprochen worden ist, dass die Redeliste durchkreuzt ist. Und wenn Sie das so gestatten, dann haben Sie jetzt das Wort.

Prof. Alfred Grosser (Prof. em., Institut d'Etudes Politiques, Paris, Frankreich):

Ich habe mich lange mit Frau Steinbach auseinandergesetzt. Mir ist es lieber, dass Rudolf Thadden-Trieglaff in Trieglaff eine Tafel, in Erinnerung an alle deutschen Trieglaffer, die Jahrhunderte lang hier glücklich gelebt haben mit besten Wünschen für die polnischen Trieglaffer, die heute hier ihre Heimat gefunden haben, anbringen lässt. Frau Steinbach hat keine Ahnung, was das Warschauer Ghetto gewesen ist. Sie weiß auch nicht, was die Zerstörung von Warschau gewesen ist usw. Nun zu Ihrer Hauptfrage. Die Vernichtung Israel im Gegensatz zu dem, was Sie sagen, ist nicht auf dem Programm. So denkt auch eine Reihe von Israelis. Nur wenn die hier sitzen würden, würden Sie sagen, dies sind keine Experten. Denn die Kritik an Israel, gerade auch an diesem Punkt, ist in Israel viel heftiger, als dass sie in Deutschland zugelassen wird. Und ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt zur Auseinandersetzung. Wer heute bedroht ist, ist der nicht vorhandene und nicht mögliche

palästinensische Staat, auf den Sie sich alle berufen, denn die Leopardentaktik der Kolonien verhindert eine territoriale Kontinuität, die ein Staat braucht. Das ist heute für mich wesentlicher als das, was irrsinnige Leute schreiben.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Frau Philipp. Herr Schroeder, Sie sind notiert.

Abg. Beatrix Philipp (CDU/CSU): Ich hatte mich eben schon einmal gemeldet und mich dann wieder streichen lassen. Bin jetzt doch veranlasst meine Meinung noch einmal zu sagen, weil ich Nachdenklichkeit erzeugen will. Ich bin Mitglied des Innenausschusses. Wenn man als Außenstehender den Ablauf dieser Veranstaltung, wie er sich jetzt dem Ende nähert, betrachtet, muss man im Nachhinein sagen, dass Herr Prof. Grosser Recht hat. Und zwar deswegen, weil Sie im Verlauf dieser Abhörung seine Meinung überhaupt nicht zur Kenntnis genommen haben, überhaupt nicht darauf eingegangen sind. Ich glaube, dass das etwas ist, womit man dem uns allen verbindenden Gedanken, etwas gegen Antisemitismus zu tun, genau in die Arme greift. Es gibt eben unterschiedliche Auffassungen über den Grad, den Anlass, die Auswirkungen usw., was hier mehr oder weniger zur Sprache gekommen ist. Aber wenn sie sich hier alle einig sind, dass sie alle recht haben und eine abweichende Meinung nicht, arbeiten Sie kontraproduktiv. Ich möchte das noch einmal ausdrücklich sagen, ohne auf die Einzelheiten jetzt einzugehen. Mir ist es nur so aufgefallen; dass ich gedacht habe, das kann doch nicht sein, dass sich hier drei Stunden alle einig sind. Und ich bitte um Nachsicht, Herr Vorsitzender, das bezog sich auf Ihre wertende Äußerung, nachdem Herr Prof. Grosser gesprochen hatte, so dass ich draußen einer Kollegin gesagt habe, so bin ich das auf jeden Fall von dem Ausschuss des Deutschen Bundestages nicht gewöhnt. Und ich meine, wir tun uns keinen Gefallen mit diesem Thema, wenn wir nicht auch dem, was in der Bevölkerung vorhanden ist, was wir verspüren, aber nicht richtig packen können, Rechnung tragen, indem wir eben auch abweichende Meinungen, die eigentlich viel differenzierter diskutiert werden müssten, wirklich in solche Gespräche mit einbeziehen. Und wenn man sich die drei Fragen anguckt, dann gibt es sehr wohl Anlass, auch diese Meinung zumindest zu diskutieren. Ich bitte um Nachsicht, aber es liegt mir wirklich auf der Seele. Ich habe eben schon gedacht, es wäre nicht mehr passend. Aber ich meine, wir tun uns alle keinen Gefallen, wenn wir so verfahren, wie das eben jetzt in zweieinhalb, fast drei Stunden der Fall war. Das war mir schon ein Anliegen.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön. Und jetzt kommen Sie und dann Herr Schroeder. Und dann kommen die Experten.

Herr Samuel Weiffenbach (Initiative 9. November, Frankfurt am Main): Vielen Dank für die Einladung. Ich möchte mich damit beschäftigen, Antisemitismus greifbarer zu machen. Und ich glaube, dass genau dafür die angesprochenen Punkte von Herrn Grosser nicht hilfreich sind. Ich glaube, es gibt Antisemitismus auf vielen Ebenen, besonders auf zwei Ebenen, die ich persönlich erlebt habe. Es gibt einmal Antisemitismus auf der allerhöchsten politischen Ebene. Man darf in diesem Zusammenhang nicht mehr von hoch sprechen und es gibt Antisemitismus, wie ich ihn persönlich an eigenem Leib erlebt habe, als Fußballspieler bei einer Fußballmannschaft, die von der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt organisiert wird. Bei der letzteren handelt es sich um einen, und dabei beziehe ich mich auf Sie, Herr Grindel, besonders von Immigranten gelebten Antisemitismus in Deutschland, also Gewaltausschreitungen, Autos werden mit Steinen beworfen, Spieler unter Polizeischutz. Das ist die eine Ebene. Bei der anderen Ebene muss man fragen, wenn Antisemitismus sogar auf höchster Ebene geduldet wird, warum wundert man sich dann, dass in der EU eine große Mehrheit Israel als die größte Bedrohung für den Weltfrieden einschätzt. Bei der Gelegenheit gebe ich Ihnen ein paar Beispiele für die Duldung von Antisemitismus auf der so genannten höchsten Ebene. Dazu wurde im Heritage Foundation Report 83 mit dem Titel „United

Nations campaign against Israel“ gesagt, die Weltgesundheitsorganisation hat, ohne Beweis zu erbringen, Israel für mangelnde Gesundheitseinrichtungen in der Westbank kritisiert, obwohl die Lebenserwartungen seit dem Sechstage Krieg gestiegen und die Kindersterblichkeit enorm gesunken waren. Israelische Araber werden heute im Durchschnitt älter als Mitteleuropäer. Die WHO hat einen unabhängigen Expertenreport, der das oben gesagte belegt, mit 65 zu 18 Stimmen mit der Begründung abgelehnt, er würde nicht der politischen Agenda entsprechen. Prof. Alan Dershowitz hat in seinem Buch „The case for Israel“ geschrieben, die Doppelmoral, mit der Israel bewertet werde, gefährde den Rechtsgrundsatz und die Glaubwürdigkeit von internationalen Organisationen. Der unproportionale, manchmal sogar explosive Fokus auf die Mängel Israels gibt der internationalen Gemeinschaft eine Ausrede, weitaus gröbere und anhaltende Menschenrechtsverletzung zu übersehen. Sogar Amnesty International, eine sonst wunderbare Organisation, die ich unterstütze, hat zu falschen Vergleichen zwischen Israel und gesetzeslosen Staaten beigetragen, diesen Rechtsgrundsatz zu ignorieren. Selbst ein erfahrener Diplomat wie Kofi Annan, UN-Generalsekretär, hat angemerkt, dass es nicht sein kann, dass die ganze Welt gegen Israel ist und Israel trotzdem Recht hat. Dass dies der Fall sein kann, hat die Geschichte des Antisemitismus gezeigt. Israel ist das einzige Land, dessen Justiz aktiv während Kriegzeiten gegen das Militär eingreift. Es ist der einzige Staat, der umstrittenes Territorium, das in einem Verteidigungskrieg errungen wurde und das wichtig war für die eigene Selbstverteidigung, im Austausch für den Frieden wieder zurückgegeben hat. Und Israel hat im Verhältnis zu den eigenen Verlusten an Zivilisten die wenigstens unschuldigen Zivilisten getötet im Vergleich zu jedem anderen Land einer vergleichbaren Situation. Bei der ersten Tagung der Vertragspartner der Genfer-Konvention bei der Konferenz im Dezember 2001 ging es nur darum, Israel zu kritisieren. Es war das einzige Mal in 52 Jahren, dass ein Staat verurteilt wurde. Die UN-Kommission für Menschenrechte hat mehrfach Israel isoliert diskriminierende Behandlung vorgeworfen und die wahren Menschenrechtsverletzer ignoriert. Die Frage, die man sich dann stellen muss, ist, wie verhält sich dann die Bundesregierung zukünftig zu solchen Äußerungen.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön. Herr Schroeder und dann Herr Klug.

Ralf Schroeder („Die Jüdische“, Berlin): Da mir unterstellt wurde, dass ich Redeverbot erteilen möchte und ein undemokratisches Verhalten an den Tag lege, möchte ich noch einmal präzisieren, worum es mir ging. Genau das, was eben passiert, das denke ich, galt es in einer Diskussion um den Antisemitismus zu vermeiden. Wir diskutieren um die Einschätzung der konkreten Politik Israels. Und das hat mit dem konkreten Thema „Antisemitismus“ herzlich wenig zu tun. Die Frage ist, welche Projektionen auf Israel hierzulande stattfinden. Und ich denke, gerade im akademischen Rahmen ist es nahezu Konsens, dass der Antisemitismus hierzulande, der auf Israel projiziert, überhaupt nichts mit dem konkreten Israel zu tun hat. Wie im Allgemeinen der Antisemitismus mit dem konkreten Verhalten von Jüdinnen und Juden so gut wie nichts und meistens gar nichts zu tun hat. Das Zweite, was ich sagen möchte, ist die Zusammensetzung des Podiums, die Einladungsliste, und so funktionieren ja auch Diskurse, wen lädt man ein, wen lädt man nicht ein, welche Positionen lässt man sprechen. Natürlich geht es hier auch um einen Dissens, den man austragen muss. Überhaupt keine Frage. Aber wenn hier eingeladen werden: Herr Grosser, Herr Zimmermann, Herr Zuckermann, dann ist hier eine gewisse Tendenz festzustellen, welche Positionen hier sehr prominent gemacht werden sollen. Meiner Ansicht nach ist es nicht sehr bedauerlich, dass Herr Zimmermann und Herr Zuckermann hier heute nicht auftreten konnten. Es muss die Frage der Diskurspolitik gestattet sein, und Honestly concerned hat das sehr deutlich gemacht; ein offener Brief an Herrn Prof. Weisskirchen hat dies offen gelegt. Warum sind Positionen wie die eines Nathan Sznajder, wie die eines Daniel Goldhagen, wie die eines Matthias Küntzel, wie eines Daniel Pipes fast nicht vertreten? Dass Herr Jörg Rensmann hier

im Podium erscheint, ist auch eine Entscheidung der letzten Sekunde gewesen, für die ich sehr dankbar bin. Ich denke, wir sollten uns in der Beschäftigung mit dem Antisemitismus eben nicht um wahre Banalitäten kümmern, sondern ganz konkret fragen - und darauf zielte mein Redebeitrag auch ab -, was haben wir vor unserer Haustür an Problemen. Was passiert hier ganz konkret. Und da stellt sich schon die Frage, die ich hoffe noch beantwortet zu bekommen, wie gehen wir mit unserem Antisemitismus vor der Haustür um. Wie gehen wir tatsächlich mit den neuen Facetten des alten Antisemitismus um, der eben heißt linker Antisemitismus, der eben heißt islamischer Antisemitismus, und der hier natürlich auch Israelkritik meint. Ich möchte auf eines hinweisen. Ich habe hier in Berlin eine Veranstaltung besucht, wo über Israel und Antisemitismus diskutiert wurde. Was erlebte ich? Eine Wand von Antisemitismus und eine Wand von Israelhass. Das ist die demokratische Gesellschaft, in der wir leben. Ich denke, wir sollten auch diese Realität zur Kenntnis nehmen und wenn man von hermetischer Gesellschaft spricht, dann schauen Sie sich solche Veranstaltungen zum Beispiel im Hebbel am Ufer genau an, dann gehen Sie zum Beispiel in die Volksbühne in das neue Stück über Adolf Hitler. Danke.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): So, jetzt war eigentlich noch Herr Kramer. Wenn er darauf verzichtet, kommt Herr Prof. Klug (keine Aufzeichnung).

Prof. Brian Klug (St. Xavier University Chicago, USA⁹); nachträgliche Ausführungen
(Übersetzung): Der lebhafte Meinungs austausch, der heute hier stattgefunden hat, zeigt, dass wir trotz aller Meinungsverschiedenheiten die gleiche Verpflichtung empfinden, Antisemitismus zu bekämpfen. Im Verlaufe der Diskussion wurden einige politische Punkte in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt angesprochen. Ich bin mir jedoch dessen bewusst, dass wir nicht hier sind, um die Nahost-Frage zu erörtern, sondern die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE bei ihrer Arbeit zu unterstützen, die Berliner Erklärung über Antisemitismus umzusetzen.

In diesem Zusammenhang liegt mein Schwerpunkt, wie in meinen schriftlichen Ausführungen erläutert – auf der dritten der drei Fragen, mit der wir uns zu befassen haben: „Die Unterscheidung zwischen Kritik an den Maßnahmen der israelischen Regierung und Antisemitismus“. In meinen schriftlichen Ausführungen beschäftige ich mich damit, wo hier sinnvollerweise die Trennlinie gezogen werden kann. Wie die heutige Diskussion gezeigt hat, gibt es weiterhin beträchtliche Meinungsverschiedenheiten in diesem Punkt.

In Punkt 16 meiner schriftlichen Ausführungen habe ich drei Gründe angeführt, weshalb diese Frage im Hinblick auf die Bekämpfung von Antisemitismus ganz entscheidend ist. Es gibt einen weiteren zu berücksichtigenden Punkt. Die Bevölkerung in der OSZE Region beinhaltet auch Gruppen, die dazu tendieren, für die eine oder andere der beiden Seiten im israelisch-palästinensischen Konflikt Partei zu ergreifen. Unter Hinweis auf den vierten Absatz in der Präambel der Berliner Erklärung dient es weder „der Demokratie“ noch der Förderung „der Werte der Zivilisation“ noch der „Sicherheit insgesamt“, wenn der regionale Kampf gegen Bigotterie voreingenommen ist (oder zu sein scheint), ganz egal, ob in Bezug auf die eine oder die andere Seite.

⁹ Es liegt keine Bandaufzeichnung vor. Prof. Klug hat die Ausführungen nachträglich rekonstruiert. Seine [Anmerkung: Ich habe diese nachträglichen Ausführungen auf Bitte von Martina Koerbel ausgearbeitet. Basierend auf meinen Notizen enthalten sie die wichtigsten Punkte, die ich meiner Erinnerung nach in der Diskussion angesprochen habe. (Genauer gesagt, waren dies mit einer Ausnahme abschließende Bemerkungen, mit denen ich auf die Beiträge der Abgeordneten und NGO's während der Fragestunde eingegangen bin.) Mein schriftlicher Vortrag, auf den ich mich im Nachstehenden beziehe, ist in einem Dokument enthalten, das bei der Anhörung vorlag.]

Vor diesem Hintergrund möchte ich die Empfehlung bekräftigen, die ich unter Punkt 18 meiner Ausführungen gemacht habe, nämlich das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) nachdrücklich aufzufordern, im Zusammenarbeit mit EUMC und anderen zuständigen Gremien, eine Reihe von Seminaren für Wissenschaftler und interessierte Parteien zu organisieren mit dem Ziel, einen Konsens darüber zu erzielen, nach welchen Kriterien eine Unterscheidung zwischen Antisemitismus (der niemals toleriert werden darf) und legitimer Kritik an Israel (die immer toleriert werden sollte) gemacht werden sollte.

Vor demselben Hintergrund komme ich nun zu einer Frage, die in der Diskussion angesprochen wurde: Ist es antisemitisch, das Recht Israels auf Existenz zu verneinen? In diesen abschließenden Ausführungen kann ich nur - viel zu kurz - den Weg skizzieren, wie wir uns dieser heiklen und subtilen Frage nähern sollten.

An erster Stelle ist zu sehen, dass es hier zwei verschiedene Arten von Fragen gibt: a) eine *rechtliche* Frage in Bezug auf den Status von Israel nach dem Völkerrecht und b) eine *politische* Frage in Bezug auf die Existenz eines jüdischen Staates entweder *per se* oder ganz speziell im Nahen Osten. In der öffentlichen Debatte werden diese zwei Arten von Fragen leicht miteinander vermischt.

In Bezug auf a): Soweit ich es verstehe, hat Israel wie jedes andere Mitglied der Staatengemeinschaft unbestreitbar das Recht auf Existenz. (In diesem Zusammenhang sollte festgehalten werden, dass trotz der Zahl der Israel-kritischen VN-Resolutionen, die Resolution aus dem Jahr 1947 in Bezug auf die Teilung niemals zurückgenommen wurde).

In Bezug auf b): das generelle Prinzip, das hier Anwendung finden sollte, ist Folgendes: der Staat Israel sollte genauso wie jeder andere Staat behandelt werden. Nun ist aber kein Staat sakrosankt: die Legitimität eines jeden Staates kann diskutiert oder angezweifelt werden. So haben z. B. schottische und walisische Nationalisten die Legitimität des britischen Staates in jüngster Zeit in Frage gestellt; gab es früher einmal zwei deutsche Staaten, so gibt es heute eine Bundesrepublik; die ehemalige Tschechoslowakei hat sich in zwei unabhängige Staaten aufgeteilt und so weiter. In der Tat sind vermutlich mehr Staaten im 20. Jahrhundert entstanden oder haben aufgehört zu existieren als zu irgendeiner anderen Zeit in der Geschichte. Wenn man Israel wie jeden anderen Staat behandelt, so ist die politische Frage in Bezug auf seine Existenz oder seine Identität als ein jüdischer Staat als solche nicht als antisemitisch zu verstehen.

In der Tat, wenn wir den historischen Hintergrund untersuchen, so ergibt sich ein sehr komplexes Bild. Auf der einen Seite hat die weltweite jüdische Gemeinde nicht ausnahmslos oder einstimmig einen jüdischen Staat unterstützt. (Selbst so bekannte frühe Zionisten wie Martin Buber und Judah Magnes haben sich für eine Zweistaatlichkeit ausgesprochen). Auf der anderen Seite spielten vor dem zweiten Weltkrieg Antisemiten im öffentlichen Dienst und in Regierungskreisen in Großbritannien eine wichtige Rolle bei der Förderung des zionistischen Anliegens. (Siehe mein Essay „Der kollektive Jude: Israel und der neue Antisemitismus, Muster von Vorurteilen, Vol. 37, Nr. 2, 2003.)

Es ist natürlich wahr, dass es Menschen gibt, die, weil sie Juden ablehnen, sich auch gegen einen Fortbestand Israels als jüdischen Staat aussprechen. Daraus folgt jedoch nicht, dass jemand, der Israels Fortbestand als jüdischer Staat ablehnt, etwas gegen Juden hat. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb gut meinende Menschen - Juden oder andere - eine „post-zionistische“ Zukunft für Israel oder einen einheitlichen Staat für Palästinenser und Juden unterstützen können. Ihre Ansichten sind kontrovers und möglicherweise starrsinnig. Aber es dient nicht der Bekämpfung von Antisemitismus, wenn man solche Menschen als bigott abstempelt.

Zusammenfassend gilt Folgendes: zur wirksamen Umsetzung der Berliner Erklärung müssen wir uns um *Klarheit* und *Konsequenz* bemühen. Dies erfordert zweierlei: (i) die Ausarbeitung vernünftiger Kriterien für „die Trennlinie zwischen berechtigten Ansichten in Bezug auf Israel (wie kontrovers sie auch immer sein mögen) und antisemitischer Bigotterie und (ii) die Gewährleistung, dass die Überwachungs- und Durchsetzungsbehörden in der OSZE-Region sich dieser Auffassung anschließen.

Gerne lege ich jederzeit weitere Beiträge vor, wenn dies der Unterstützung der Arbeit der Delegation dient.¹⁰

Dr. Juliane Wetzel (Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin): Ja. Vielen Dank. Ich wollte ganz zu Anfang noch mal auf etwas hinweisen. Es wurde hier auch wieder gefordert, dass man endlich eine Definition des Antisemitismus auf den Tisch legen sollte. Ich denke, wir hören das von so vielen Seiten. Also einmal von denen, die gerne den Antisemitismus vielleicht noch weiter definiert haben möchten, als diejenigen, die ihn eher kürzer gefasst sehen möchten. Also ich denke, das ist auch eine Art Rückzuggefecht, immer zu verlangen, dass wir den Antisemitismus definieren müssen. Es gibt bereits sehr gute Definitionen, die man als Basis benutzen kann, wenn es um ODIHR geht; dann geht es natürlich auch um einen Antisemitismusbegriff oder eine Definition, mit der man arbeiten kann auf einer internationalen Ebene. Und da haben Sie sicherlich, oder hat Herr Steig sicherlich Recht, dass man da Probleme hat, weil man ihn in unterschiedlichen Ländern vielleicht anders beurteilen muss. Wenn wir hier jetzt von Deutschland, wo wir den Antisemitismus, gerade was Straftatbestände betrifft, sehr genau definiert haben. Wenn wir Volksverhetzung, Auschwitz-Lüge, solche Dinge in unserem Gesetz verankert haben, dann weist dies eine Statistik aus.

Das hieße ja vielleicht, dass Deutschland jetzt an der Spitze einer Liste von antisemitischen Übergriffen stehen würde, weil wir das nun so genau beobachten. Es gibt ja bisher vier Länder, europaweit vier Länder, die das überhaupt genauer untersuchen und zumindest Straftatbestände genauer aufführen. Aber ich denke an die Definition von Antisemitismus: Die gibt es schon und die haben auch Herr Bergmann und ich in unserer EUMC-Studie noch einmal deutlich gemacht. Was die Problematik betrifft von Vernetzungen islamistischer Gruppierungen, rechtsextremer Gruppierungen über das Thema „Antisemitismus“, so glaube ich, muss man eben doch noch mal auf das Internet hinweisen, das ist nämlich genau das Medium, wo dies passiert. Das ist sicherlich eine virtuelle Vernetzung und noch nicht die tatsächliche, aber das ist etwas, was genau beobachtet werden muss. Das tun wir auch. Ich habe dazu auch schon einiges veröffentlicht. Dagegen kann man aber für meine Begriffe nicht mit gesetzlichen Regelungen vorgehen. Das wird in einem Medium, was einfach ein internationales, weltweites ist, immer an seine Grenzen stoßen. Ich glaube, da gibt es andere Mechanismen, die man noch weiter unterstützen müsste. Gerade die ökonomischen. Man macht es öffentlich, dass bestimmte Provider diese oder jene Seiten über ihr Netz laufen lassen und droht ihnen mit dem Wegfall von Werbegeldern, Das läuft nämlich viel besser. Und so hat z. B. die Aktion Kinder des Holocaust in der Schweiz, die sich seit Jahren darum bemüht, es schon geschafft, dass große Provider entsprechende einschlägige Seiten vom Netz geschmissen haben. Und so funktioniert das und ich glaube, wir sind immer schnell dabei zu sagen, wir brauchen Gesetze. Ich glaube, in diesem Medium helfen Gesetze wirklich sehr wenig. Nun zu Ihrer Frage, Frau Roth, was Konferenzen, Debatten, die im Anschluss an die OSZE-Konferenz stattgefunden haben, bewirkt haben. Ich glaube, die OSZE-Konferenz war

¹⁰ gez. Dr. Brian Klug
Senior Research Fellow in Philosophy
St. Benet's Hall, Oxford
19. Januar 2005

sozusagen ein Anstoß dafür, dass viele Organisationen und viele - auch die politischen - Stiftungen jetzt dieses Thema viel stärker auf die Agenda gesetzt haben. Internationale Konferenzen sind dazu gemacht worden. Wir haben gerade vor kurzem eine internationale Konferenz in Tel Aviv mit dem Stephen Roth Institut gemacht über die Weltverschwörungstheorien der „Protokolle der Weisen von Zion“. Und da geht es nämlich genau um die Fragen, ob sich das Zentrum auch mit islamistischen Antisemitismus auseinandersetzt. Das tut es auch schon länger. Vielleicht haben Sie das auch nicht so wahrgenommen, weil es nicht in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Wir haben im Jahr 2000 schon eine Konferenz durchgeführt zum „Palästinakonflikt“, wo es auch genau um solche Fragestellungen ging. Da habe ich z. B. ein Referat über die Vernetzung Rechtsextremismus, islamistischer Antisemitismus im Internet gehalten. Also ich glaube, dass diese Konferenzen einfach etwas bewirken, dass dieses Thema auf der Agenda ist. Dass es sowohl im wissenschaftlichen als auch im bildungspolitischen Bereich gerade mit den politischen Stiftungen sozusagen an die Frau, an den Mann getragen wird. Und dass sich darüber auseinandergesetzt wird. Und dass sollten wir beibehalten. Das Problem bei diesen Themen ist ja immer, es kommt eine Medienreaktion oder eine politische Reaktion. Dann eine Medienreaktion und dann verebbt es ziemlich schnell wieder, weil die Aktualität des Themas nicht mehr da ist. Und das ist das, was ich vorhin meinte mit Kontinuität. Die auf dem wissenschaftlichen Bereich sicherlich weiter unterstützt wird. Das sollte sich eben auch in gesellschaftlichen und politischen Gruppen so fortsetzen. Das betrifft übrigens auch die Problematik, die Sie vorhin, Herr Rensmann, angesprochen haben. Da ist nun Udo Steinbach genannt worden; aber es gibt noch andere. Also an der FU sagt z. B. die Frau Kramer, die Hamas sei eine Widerstandsbewegung. Also, ich denke mal, da muss sozusagen die Sensibilität, das Bewusstsein geweckt werden, dass durchaus in diesen Bereichen eben auch Antisemitismus da ist. Es hilft nicht, wie wir das ja auch mit dem EUMC-Bericht von Werner Bergmann und mir erlebt haben, Dinge einfach nicht zu veröffentlichen oder nicht darüber zu reden. Sondern es muss einfach untersucht werden, um dann darauf reagieren zu können. Die Medien sind wichtig, ein ganz wichtiger Punkt, wobei ich sagen muss, dass die Medien natürlich in Deutschland im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern noch sehr harmlos sind. Also wenn Sie sich in die skandinavischen Länder begeben und sehen, was da an antisemitischen Karikaturen tagtäglich über seriöse Tageszeitungen Verbreitung findet, auch in Großbritannien, in Frankreich, dann sind wir hier sicherlich noch ganz gut bedient. Wobei man natürlich sagen muss, das heißt ja nicht, dass man nicht auch kritisch mit der Medienberichterstattung umgehen muss. Ich wollte noch einen Punkt, Herr Grosser, zu Ihren Ausführungen über Frankreich ansprechen. Sie sprachen von fünf Friedhofsschändungen, jüdischen Friedhofsschändungen. Ich glaube, die Friedhofsschändungen sind in Frankreich nicht das Thema; das ist etwas, was uns in Deutschland immer noch sehr stark betrifft, weil es sozusagen in einer Art Stellvertreterfunktion passiert von rechtsextremer Seite aus. Es hat in Frankreich immerhin schon 400 Übergriffe antisemitischer Art in diesem Jahr gegeben, natürlich unterschiedlicher Schwere. Also nur jetzt von den Friedhofsschändungen auszugehen, das wäre die falsche Basis. Ich denke, da muss man schon genauer die Zahlen sehen und man muss ja sagen, in Frankreich hat sich insofern schon eine ganze Menge getan. Das Problem wird durchaus erkannt. Und man darf es aber nicht so klein reden, wenn man sagt, es hat nur fünf Friedhofsschändungen, aber dafür sehr viel mehr Übergriffe auf Muslime gegeben. Am Ende wollte ich noch sagen: Es wurde heute schon ein paar Mal das EUMC genannt, als Partner für die OSZE. Ich würde aber vielmehr auch noch dafür plädieren, ECRI in diese Verbindung mit hinein zu nehmen. Sie haben durchaus gezeigt, wie sie das Problem Antisemitismus und auch die ganzen Spielarten des Antisemitismus begreifen und versuchen, best practices vorzuschlagen. ECRI halte ich, ehrlich gesagt, und das hat jetzt nicht nur damit was tun, dass ich dem EUMC aus den sehr spezifischen Erfahrungen heraus skeptisch gegenüberstehe, für die wesentlich bessere Organisation. Weil sie einfach ein größeres Bewusstsein zu diesem Thema hat.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön. Herr Rensmann und dann Herr Werner für das Innenministerium.

Jörg Rensmann („Die Jüdische“, Berlin): Ja. Vielen Dank noch mal. Ich bin jetzt in der etwas undankbaren Situation, doch noch mal auf den Nahostkonflikt eingehen zu wollen. Weil, zu Recht kam ja von irgendwo her der Einwurf, dass eigentlich im strengen Sinne, wenn wir über Antisemitismus heute reden wollen, das konkrete Regierungshandeln Israels damit weniger zu tun haben müsste. Denn wir wissen ja aus der Antisemitismusforschung, dass das konkrete Handeln und Verhalten von Juden mit Antisemitismus nichts zu tun hat. Denn Antisemitismus ist das Problem der Verfolger. Nicht der prospektiven Opfer. Das ist das eine. Dennoch gestatten Sie mir eine kurze Replik auf Herrn Klug. Ich finde es ein bisschen schwierig zu sagen, das Existenzrecht Israels würde deshalb nicht in Frage gestellt, weil es einen UN-Beschluss dazu gäbe, der entsprechend datiert. Das finde ich insgesamt ein wenig verkürzt, in aller Höflichkeit. Das würde den Vernichtungswillen, die Vernichtungsdrohungen etwa von Organisationen wie Hamas, wie Hisbollah, auch von Staaten wie den Iran. dessen atomare Bedrohung sich sehr wohl gegen die Existenz des jüdischen Staates richtet, nicht berücksichtigen. Dann, um vielleicht auch darauf noch einmal einzugehen: Sie sagten, das Problem des islamischen Antisemitismus würde insofern zu betrachten sein, als dass es ja früher im Islam praktisch keinen religiös motivierten Antisemitismus gegeben habe aus meiner Warte. Ich könnte nur sagen, ja und nein. Es gibt sehr wohl bedauerlicherweise Anknüpfungspunkte im Koran, an die Antisemitismus anknüpfen kann. Bedauerlicherweise gibt es diese im Übrigen vor allem aus dem nationalsozialistischen Deutschland. Es lässt sich empirisch nachweisen, dass die antisemitischen Karikaturen beispielsweise der palästinensischen Autonomiebehörde - und ich sage das sehr bewusst-, 1:1 aus dem Stürmer übernommen worden sind. Mit anderen Worten, die Vernichtungsideologie des Nationalsozialismus ist auf eine Resonanz gestoßen und, wie es sich forschungsmäßig nachweisen lässt, bereits sehr früh. Ich empfehle nach wie vor sehr, sich einmal mit der Gründungscharta der Hamas auseinanderzusetzen. Das ist bis heute für meine Begriffe in Europa noch viel zu wenig passiert. Insofern stehen wir, um das im Dialog zu beschließen, einfach allesamt in der Verantwortung, uns weiterhin Gedanken zu machen und deshalb der Appell- Charakter zum Schluss, dazu beizutragen, dass sich Antisemitismus nicht nur verbreitet, sondern dass wir ihn aktiv bekämpfen. Und dazu zählt auch für meine Begriffe der sich gegen die Existenz Israels richtende antizionistische Antisemitismus. Danke sehr.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Dankeschön, Herr Rensmann. Herr Werner.

Jürgen Werner (Bundesministerium des Innern): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte zunächst auf die Fragen von Frau Abgeordneter Roth eingehen. Zunächst hatten Sie gefragt, ob es eine vergleichbare Entwicklung gibt in Bezug auf Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund und antisemitische Straftaten. Mit den Statistiken muss man immer etwas vorsichtig sein, vor allem dann, wenn sie aus den laufenden Jahren stammen. Ich möchte mich deswegen auf gesicherte Daten beziehen, die die Jahre 2002 und 2003 angehen. Es wird vielleicht den einen oder anderen überraschen, die Straftaten mit politisch rechter Motivation sind zurückgegangen und ebenso sind die antisemitischen Straftaten im Jahre 2003 im Vergleich zu den Straftaten des Jahres 2002 zurückgegangen. Allerdings gibt es bei den antisemitischen Straftaten eine Ausnahme. Die Gewalttaten sind deutlich angestiegen, wobei man da sehen muss, dass die Vergleichsbasis relativ gering ist. Bei den Gewalttaten haben wir also eine Erhöhung von 28 auf 35 im Jahre 2003. Sie hatten ferner angesprochen, dass wir jetzt eine Verbindung zwischen DVU und NPD haben. Diese Verbindung von DVU und NPD, die vor allem für die Wahlen gedacht ist, wird sicher die Chancen dieser Parteien,

ins Parlament einzuziehen, erhöhen. Sie hat allerdings auch den Effekt, dass zunehmend gewaltbereite Extremisten Zugang finden zu diesen Parteien. Das beobachten wir mit Sorge. In diesem Bereich muss damit gerechnet werden, dass die Gewaltbereitschaft ansteigt. Bei den Mitgliederzahlen ist es im Moment noch nicht der Fall, aber die Gewaltbereitschaft nimmt zu. Ein Thema, das mehrfach angesprochen wurde und das ja auch in der Presse ständig angesprochen wird: Der islamische Antisemitismus - es wurde ja sogar gesagt, dass die Bundesregierung da vielleicht zu wenig tue, um für Aufklärung zu sorgen. Das kann ich nicht bestätigen. Wir haben einfach das Problem, dass die Zahlen, und zwar rede ich jetzt wieder von nachgewiesenen Straftaten, sehr gering sind. Wir hatten im Jahre 2002 drei Gewalttaten; die Zahl ist angestiegen auf sechs Gewalttaten im Jahre 2003, die nachgewiesen sind. Mir liegen vorläufige Zahlen für das Jahr 2004 vor. Die sind aber im Moment noch nicht vergleichbar, weil es eben zu sehr vielen Nachmeldungen kommen wird. Eines lässt sich aber mit Sicherheit noch nicht sagen, dass wir eine deutliche Trendwende hätten. Es gibt da gewisse Indizien, aber das kann man erst mit Sicherheit beurteilen, wenn die 2004er Zahlen mit einiger Verlässlichkeit vorliegen. Es ist von Herrn Abgeordneten Grindel auch das Berliner Beispiel genannt worden. Wir haben in Berlin diesen einen bekannten Fall eines Littauers, der auf dem Kudamm überfallen worden ist; der ist unstrittig. Und es gab im Anschluss daran Zeitungsveröffentlichungen über weitere 6 Vorfälle. Die Polizeiabteilung unseres Hauses hat versucht, diese mit dem LKA aufzuklären, das LKA konnte sie nicht bestätigen. Das ist mein Kenntnisstand. Ich habe mich nicht speziell auf die Frage vorbereitet. Das ist der Stand, der vielleicht zwei Wochen alt ist. Aber zum damaligen Zeitpunkt war es so, dass seitens des LKA diese Zeitungsmeldung nicht bestätigt werden konnte. Ich glaube, ich habe jetzt auch schon die Frage von Herrn Engländer mit abgedeckt, der sich auch zur Frage von Straftätern mit muslimischem Hintergrund geäußert hat. Dann wurde von Herrn Reinfrank die Wurzeln-Ausstellung angesprochen. Auch da ist die Situation nach meiner Kenntnis im Moment so, dass wir noch nicht eindeutig davon ausgehen können, dass es ein rechtsextremistischer Anschlag war. Obwohl in der Tat eine gewisse Vermutung dafür spricht. Aber Sie werden verstehen, wenn ich hier für die Bundesregierung spreche, dass ich mich auf gesichertes Faktenmaterial stützen möchte und das haben wir im Moment nicht. Wir tun eine Menge zur Bekämpfung des Rechtsextremismus; Ihnen ist das auch bekannt. Wir haben z. B. das Bündnis für Demokratie und Toleranz. Wir haben das Forum gegen Rassismus, wo NGO's zusammenkommen mit Regierungsorganisationen. Wir haben eine ganze Reihe anderer Programme und wir sind gerade im Innenministerium im Moment dabei, uns stärker zu fokussieren. Es wird sehr viel getan in der Zivilgesellschaft, auf allen staatlichen Ebenen und wir überprüfen nach den Wahlergebnissen aus Sachsen und Brandenburg unsere Vorgehensweise. Wir führen im Moment Koordinierungsgespräche mit der Bundeszentrale für politische Bildung, mit den Sicherheitsbehörden usw., um gegebenenfalls auch zu neuen Plänen, zu neuen Programmen zu kommen. Im ersten Schritt prüfen wir, ob es Defizite gibt und werden die Defizite abstellen, sobald wir zu Erkenntnissen gekommen sind. Ich denke, dass ich im Wesentlichen die Fragen beantwortet habe. Ich bin gern bereit, noch etwas nachzureichen, was Sie dann zur Dokumentation nehmen könnten. Vielen Dank.

Abg. Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Wir kommen jetzt zu den Schlussbemerkungen. Die beiden Kolleginnen haben gesagt, sie verzichten auf ein Schlusswort. Nun möchte ich mein Schlusswort in drei Punkte kurz gliedern. Das erste ist, ich möchte noch gerne versuchen, Antwort zu geben auf Fragen, die zur Buchmesse gestellt worden sind. Das werden wir dann noch hören und werden dann schauen, ob das, was die Frankfurter Staatsanwaltschaft in diesem Punkte getan hat, uns als Parlamentariern ausreichend erscheint. Das werden wir auf jeden Fall noch aufgreifen. Die zweite, es wurden präzise Fragen gestellt, wie wir als OSZE-Parlamentarier beispielsweise gegen den islamistisch begründeten Antisemitismus, sage ich mal in Anführungsstrichen, vorgehen. Etwa bei der Frage bilateraler Verhandlungen und

Abkommen oder aber bei der Frage multilateraler Abkommen und Verhandlungen. Erstens bilateral. Wir sollten alles überprüfen, was wir machen können. Bilateral, falls solche Abkommen künftig anstehen. Dass dort Konditionalität miteinbezogen wird. Und zweitens, was multilaterale Verhandlungen, Abkommen anbetrifft- ich nenne den Barcelona-Prozess der Europäischen Union. Da werden wir versuchen das gleiche mit einzubringen, wobei dies ein multilateraler Prozess ist. Jedenfalls sagen wir das, soweit wir Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses sind, zu. Dass wir an diesem Punkt prüfen, was zu tun ist und dass wir diesen Gedanken der Konditionalität mit aufnehmen. Ich hoffe, dass ich damit auch das Prinzipielle, was Sie angesprochen haben, mit aufgenommen habe. Es sei denn, Sie sagen jetzt, das reicht Ihnen nicht aus. Gut, fürs erste reicht das.

Dann möchte ich zu allererst denen danken, die als Experten zu uns gekommen sind. Den weitesten Weg hatten Sie beide, Herr Grosser und Herr Klug. Ganz uneingeschränkt darf ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie gekommen sind. Und dass Sie hier Ihre Meinung gesagt haben. Und bei Herrn Grosser bitte ich um Verzeihung, dass Sie den Eindruck gehabt haben, ich hätte intervenieren wollen in das, was Sie inhaltlich gesagt haben. Ich habe nur eine andere Meinung als Sie. Und nichts anderes wollte ich zum Ausdruck bringen. Bei Ihnen allen, die Sie sonst gekommen sind, darf ich mich ebenfalls herzlich bedanken. Herr Rensmann, ganz besonders bei Ihnen, weil, das haben wir mehrfach unterstrichen und dass soll nun auch ein drittes Mal geschehen, weil Sie Micha Brumlik hier vertreten haben. Das dritte, was ich sagen will: in vielen Punkten und das hat die heutige Debatte, so kontrovers sie war- und wie konnte es anders sein - gezeigt, dass wir am Anfang stehen. An einem neuen Anfang in unserem Kampf gegen den Antisemitismus. Das wurde auch durch diese Kontroverse offen gelegt und soweit es notwendig war, auch sehr präzise beschrieben. Und dafür bin ich dankbar. Ich hoffe sehr, dass Sie den Eindruck haben, diejenigen, die von Nichtregierungsseite gekommen sind und auch die Experten, dass wir bereit sind, das zu verarbeiten, zu bearbeiten und daraus unsere Schlüsse zu ziehen. Der Deutsche Bundestag hat jetzt vor einem Jahr eine Debatte über den Antisemitismus geführt. Und ich bitte Sie herzlich, wenn Sie mögen, sich das noch einmal anzugucken, was wir dort gesagt haben. Ich glaube, dass, jedenfalls was das letzte Jahr anbetraf, es sich auf der Höhe der Zeit befand. Wir werden Rückschlüsse ziehen aus dem, was hier gesagt worden ist. Und ich will nur zwei nennen, die, wie ich finde, zwingend sind. Das erste ist, dass wir die Datenbasis offensichtlich klarer machen müssen. Und ich bin Ihnen dankbar, Frau Wetzels, dass Sie ECRI mit hinzugefügt haben. ECRI ist, glaube ich, mindestens so wichtig wie EUMC. Und ODIHR muss in die Lage gesetzt werden, das zu prüfen, was dort an Zugängen kommt. Schwierig genug, zumal bisher nur vier Länder ein jedenfalls dichtes Netz aufgebaut haben mit verlässlichen Daten. Und bei den anderen fängt es gerade jetzt erst an. Und von daher noch einmal: Wir stehen am Anfang eines Prozesses. Ich gehe davon aus und setze auch darauf, dass wir uns darauf verlassen können, dass die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, die an manchen Punkten sehr viel kritischer sein kann und auch sein muss als das, was andere in diesem Feld sagen, fortgesetzt wird. Wir als Parlamentarier haben auch gar nicht in jedem Punkt den direkten Zugang zu solchen Vorgängen, über die sie ja sehr viel schneller und auch genauer berichten können. Ich hoffe, diese Arbeit setzt sich fort und lässt sich dann auch zu einem geeigneten Zeitpunkt abrufen. Und das letzte, was ich sagen will: Wir sollten uns dem Gedanken annähern, dass wir so etwas wie einen Aktionsplan versuchen zu entwickeln, und nicht nur auf der OSZE- Ebene, sondern auch national, der auch überprüfbar ist. Der beruht auf Daten, die Sie als Nichtregierungsorganisationen uns mit präsentieren. Und der dann auch umgesetzt werden muss. Und dann, Herr Werner, nicht mehr nur klassisch ressortiert mit dem Blick auf das, was im Innenressort geschieht. Sie haben ja an der gesamten Debatte hier gesehen, die Trennlinien sind nicht mehr so scharf zu ziehen. Denn das Sicherheitsbedürfnis hat nicht nur eine Innenseite; es hat auch eine Außenseite. Und dieses müssen wir sehr viel genauer beobachten und beachten, um künftig daraus die richtigen, so hoffe ich, Rückschlüsse zu ziehen. Ich darf mich herzlich bedanken. Ich finde, das war eine wichtige Veranstaltung.

Und sie war kontrovers, Herr Grosser, wie kann es anders sein als kontrovers. Und ich hoffe sehr, dass wir mit dem Wissen jetzt unsere Arbeit fortsetzen. Dies gilt auch für diesen kritischen Dialog und die Hinweise, die wir von Ihnen brauchen. Sonst wäre politische und parlamentarische Arbeit nicht möglich. Haben Sie herzlichen Dank. Alles Gute.